Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Karl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Krackauer, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Assmann & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Inseratenpreis: Die gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 2407.

Nr. 121. **Halle, Freitag den 19. Oktober 1917.** **1. Jahrgang.**

Unsre Kriegspolitik.

Mit überwältigender Mehrheit hat am Mittwoch der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg die Richtlinien festgelegt, nach denen sich die Tätigkeit der Reichstagsfraktion und der Gesamtpartei während des Krieges einzurichten hat. Mit 262 gegen nur 14 Stimmen hat der Parteitag den nachstehenden Antrag Löbe zu seinem

Beschluß

erhoben:

Der Parteitag erklärt:

Mehr als drei Jahre währt der unheilvolle Weltkrieg und noch immer sind die herrschenden Mächte außerstande, den Ausweg zur Herbeiführung des Friedens zu finden.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen zur Pflicht der Verteidigung ihres Landes bekannt. Das war eine harte Notwendigkeit, um eine Niederlage Deutschlands und eine dauernde wirtschaftliche Verelendung unsers Volkes und im besondern der deutschen Arbeiterschaft fernzuhalten. Der Parteitag billigt daher die von der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit vertretene Politik.

Er verpflichtet die Fraktion, wie bisher, so auch fernerhin, ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten sind.

Der Parteitag bekräftigt von neuem die Ueberzeugung, daß ein Friede zu erstreben ist, durch den kein Volk politisch oder wirtschaftlich oder finanziell vergewaltigt wird. Nur die Aufrollung eines solchen Friedensziels ist geeignet, bei allen Völkern die zur Fortsetzung des Krieges treibenden Kräfte zu überwinden und die Friedensbestrebungen siegreich zu machen. Nur ein solcher Friede kann die Gewähr der Dauer in sich tragen. Der Parteitag heißt die Tätigkeit der Delegierten und der Gewerkschaften in Stockholm gut, billigt die Entschließung des Reichstags vom 19. Juli und erblickt in den Vorschlägen, die in der Note des Vatikans und in der deutschen Antwortnote gegeben sind, eine geeignete Grundlage für die

Einleitung von Friedensverhandlungen.

Er fordert die Reichsleitung auf, mit rücksichtsloser Offenheit für die Wiederherstellung Belgiens als eines nach allen Seiten neutralen Staates einzutreten. Er protestiert mit größter Entschiedenheit gegen Pläne, die auf eine Aufteilung von Elsaß-Lothringen unter deutsche Bundesstaaten ausgehen und hält daran fest, daß ohne Verzögerung die Autonomie und Gleichberechtigung als Bundesstaat im Rahmen des Deutschen Reiches an Elsaß-Lothringen verliehen wird.

Der Parteitag erhebt den schärfsten Einspruch gegen die Fortdauer der Eroberungsbestrebungen der Alldeutschen, der sogenannten Vaterlandspartei und verwandter Richtungen. Er weist das gewissenlose Treiben derer zurück, die die ihnen zuströmenden Kriegsgewinne zu einer

frivolen Agitation gegen die Friedensbestrebungen

benutzen und den Namen des Vaterlandes zu ihren Parteizwecken zu mißbrauchen sich erdreisten. Diese Kreise nehmen die ungeheure Schuld auf sich, den Kriegsverlängerern in den gegnerischen Ländern immer von neuem Anlaß und Vorwand zur Aufpeitschung der Kriegsleidenschaft ihrer Völker zu geben. Zugleich laden sie die schwere Schuld auf sich, die Einigkeit unsers Volkes im Verteidigungskampf zu schwächen und zu gefährden. Es ist die Pflicht der Reichsleitung, jeder amtlichen Beeinflussung zu gunsten der Annexionspolitik entgegenzutreten und sich von den Vertretern dieser Politik in voller Anzweideutigkeit loszusagen.

Der Parteitag verlangt die sofortige Verwirklichung der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Demokratie. Es ist der Ansicht, daß nichts in geeignet sein würde, die Widerstandskraft und den Verteidigungswillen des deutschen Volkes zu stärken als die Verwirklichung der

vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung.

Insbesondere erblickt der Parteitag in der unverzüglichen Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen sowie in der entscheidenden Mitwirkung des Reichstags bei allen größeren Fragen der Zeit Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Verzögerung der demokratischen Neugestaltung ergeben können, lehnt der Parteitag ab. Sie fällt auf diejenigen, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen.

Von diesen Anschauungen geleitet, fordert der Parteitag das deutsche Volk auf, unter dem Banner der sozialdemokratischen Partei einig und geschlossen den Kampf zu führen für Friede und Freiheit, für die deutsche Zukunft und für die höchsten Güter der Menschheit.

Indem der Parteitag ausdrücklich die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion billigte, folgte er im wesentlichen den gedankenreichen Darlegungen des Berichterstatters. Wir geben deshalb hier diese Rede des

Abg. Dr. **David:**

Diese Frage, ob wir recht daran taten, uns am 4. August 1914 auf die Seite unsrer Nation zu stellen, ist unendlich viel diskutiert worden. Der Parteitag wird unsre Kriegskreditbewilligung mit großer Mehrheit gutheißen, und am 4. August hätten Parteitag und Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit dasselbe getan. Damit ist die Frage eigentlich sachlich entschieden. Die Abstimmung am 4. August war ein weltgeschichtlicher Akt. Die deutsche Arbeiterklasse stand am Scheidewege und schlug einen der beiden möglichen Wege ein. Ein Zurück gibt es nicht mehr, aber die Arbeiterklasse will

bewußt ihren Anteil an der Geschichte

erledigen. Darum noch einmal kurz die Gründe und Folgen unsrer Entscheidung:

Die Abstimmung am 4. August war keine über Krieg oder Frieden. Der Krieg war eine unabänderliche Tatsache, und die Gefahr war groß. Was tun? Eine Niederlage hätte, so schrieb Eduard Bernstein am 25. August, Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung auf Jahrzehnte, vielleicht auf ein Menschenalter unterbunden. Das wußten auch wir, und die einzige Rettung Deutschlands war die vollkommene Einigkeit aller seiner Bewohner. Danach entschieden wir. Nun gibt es prinzipielle Gegner der Landesverteidigung, die das Vaterland für eine kapitalistische Verwirrungsphrase erklären. Der Hauptvertreter dieses Verteidigungs-Nihilismus war Hervé, jetzt einer der wildesten Kriegshetzer gegen Deutschland. Aber sein Standpunkt war nie der der Internationale oder der deutschen Partei. Der Gedanke an eine Internationale, die nicht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker ruht, und ihr

Recht zur Selbstverteidigung

nicht anerkennen will, ist undenkbar, und die Vorstellung vollkommen utopisch, den Krieg durch eine internationale proletarische Weltrevolution zu beenden, nachdem wir noch nicht einmal eine Zusammenkunft mit Franzosen und Engländern zustande bringen.

Der ganze Verteidigungs-Nihilismus beruht auf der unwirklichen Vorstellung, daß die Menschheit einem nationslosen Weltstaat entgegengehe. Tatsächlich lehren Biologie und Geschichte die immer stärkere Ausprägung besondrer Eigenart. Wie flammte im August 1914 das deutsche Gemeinschafts- und Staatsgefühl trotz aller Verschüttung durch unsre unglückliche Entwicklung elementar auf! Wir hätten uns gegen das elementarste Massengefühl der Arbeiter gar nicht auflehnen können, so tief war die richtige Empfindung, daß wir unmöglich auf unsre Selbstbehauptung als Volk verzichten können. Die Unterschiede der Völker und ihre gegensätzlichen Interessen lassen sich nicht einfach aus der Welt dekretieren, nur dafür können wir arbeiten, daß sie friedlich ohne Waffen ausgetragen werden. Darum ist der Verteidigungs-Nihilismus eine blutleere Utopie. Aber er ist wenigstens konsequent hergeleitet aus der Lehre, daß der Arbeiter kein Vaterland habe.

Dann aber gibt es noch eine Gruppe, die prinzipiell die Landesverteidigung anerkennt, praktisch aber denen, die hinausgehen, die Mittel rundweg verweigert. Das ist ein unmögliches Darumherum- und Zwischendurchgehen. Zum Frieden lehnten wir das Militärsystem wegen seiner antidemokratischen Tendenz ab. Im Kriege war dazu keine Zeit. Wenn's brennt, kann man nicht am Spritzensystem mäkeln. Wir suchten den Brand zu löschen. Um das Lebensinteresse der Nation handelte es sich, nicht um ein Vertrauensvotum für die Regierung. (Sehr wahr!) Wir konnten unserm Lande nicht in den Rücken fallen. Die Kriegskreditverweigerung wäre eine

Parteinahme gegen das eigne Volk

zugunsten der feindlichen Kriegstreiber gewesen. Die russischen Sozialisten haben die Mittel freilich verweigert. Sehr konsequent, aber warum? Sie wollten die Niederlage ihres Landes, sie wollten den Sturz des Zarismus. Schnell das erreicht war, haben sie natürlich die Mittel zur Kriegführung bewilligt. (Hört, hört!) Warum also macht man uns Vorwürfe? Man sagt, und das ist ein neuer Vorwand gegen unsre Stellung, der Krieg sei für Deutschland gar kein Verteidigungskrieg, sondern ein welthistorisches Verbrechen, ein Ueberfall auf friedliche Nachbarn. Wir Deutschen haben die Frage der Kriegsschuld wenig behandelt, weil wir ihre Entscheidung erst von der Kenntnis aller Akten und von der Wissenschaft der Zukunft erwarten. Aber die Ententesozialisten machten sie zu einem aktuell politischen Programm ersten Ranges. Sie verlangten, daß der Friede ein Friede der Sühne sein müsse. Deshalb durften wir nicht ausweichen und mußten in Stockholm über die Frage der Kriegsschuld sprechen. Bedurfte, was ich dort ausgeführt habe, noch einer Bestätigung, so war sie in den

Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses

und in den jüngsten Veröffentlichungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gegeben. Warum hat man nur dieses Material nicht längst veröffentlicht? Auch der jüngste französische Parteitag in Bordeaux hat sich wieder zu einer energischen Kriegführung bekannt, von der deutschen Sozialdemokratie aber Nachahmung des russischen Beispiels verlangt, dann sollten wir begnadigt und milde behandelt werden. Bürgen dafür seien die Worte Wilsons, Lloyd Georges und Nivels. (Schallende Heiterkeit.) Ich erwarte, daß die Unabhängigen den Franzosen darauf die nötige Antwort geben. (Sehr gut!) Die französischen Genossen würden uns nach einer Niederlage gewiß nicht schützen können, selbst wenn sie wollten; sie haben ja nicht einmal ihre Pässe durchsetzen können. (Sehr wahr!) Der Vernichtungswille der Feinde ist ja noch stärker geworden als zu Kriegsbeginn, und die Gefahr für Deutschland heute größer als je. In keiner Stunde des Krieges konnte Deutschland über die reine Verteidigung hinausgehen. Bethmann war kein reiner Annexionist, er wäre sonst nicht so von den Alldeutschen gehetzt worden. Bedrängt durch starke Kräfte hat er sich immer weiter nach links entwickelt. So errangen wir die großen Erfolge unsrer Friedenspolitik, das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und die Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Der Friedensblock des Reichstags hat sich als fest erwiesen und keine Abweichung der Regierung von dieser Reichstagsentschließung geduldet. Die deutsche Antwort auf die Papstnote ist ein weltgeschichtliches Dokument, innerpolitisch und außenpolitisch. Zum erstenmal ist ein internationales Dokument von solcher Tragweite unter Mitwirkung des Parlaments abgefaßt worden. Auch der Versuch der Vaterlandspartei, die bürgerlichen Anhänger der Friedensresolution wankend zu machen, ist zurückgeschlagen worden. Diese Vaterlandspartei ist keine Volksbewegung, sondern eine Inszenierung von Großadmiralen, Herzögen, Landesdirektoren, Großindustriellen, Professoren usw. Sie richtet sich im Gegenteil

gegen das Volk selbst und gegen seine Rechte.

Unsre Abwehrbewegung muß auf der ganzen Linie mit voller Energie den Vaterlandsparteilern entgegengestellt werden. Im vierten Kriegsjahr warnen sie vor englischen Friedensfühlern. Zum nicht geringen Teile rührt das Kapital dieser Partei aus den ungeheuern Gewinnen her, die jene Leute in der Kriegszeit gemacht haben. Wir müssen in der Presse alle Kräfte darauf konzentrieren: Nieder mit den Alldeutschen! (Lebhafter Beifall.) Mit Reichstagsauflösung und Staatsstreich spielt man in diesen Reihen, man schreit nach dem Diktator gegen das eigne Volk. Wollen's die Herren versuchen — wir sehen ihren Taten ruhig entgegen! Es ist eine Illusion, den Krieg rein militärisch beenden zu können. Wir haben vor dem schrankenlosen U-Boots-Krieg gewarnt. Jetzt sind seine Folgen eingetreten, und jetzt muß er natürlich mit aller Kraft seinen Lauf nehmen. Aber die militärischen Druckmittel allein führen nicht zum Frieden. Auch die Feinde täuschen sich in der Hoffnung auf eine Niederzwingung Deutschlands. Auch sie werden damit beschämende Enttäuschung erleben. Zugleich aber müssen wir in die Massen der feindlichen Brüder die Gewißheit tragen, daß Deutschland nicht der Raubstaat, nicht der Werwolf ist, der die andern friedlichen Völker überfallen hat. Die Friedensresolution hat gut gewirkt. Stimmen aus Rußland, auch aus dem Lager der Verbündeten, beweisen es deutlich; aber wenn sie nicht noch besser gewirkt hat, so ist das eben Schuld der Alldeutschen und der — Unabhängigen. (Lebh. Zustimm.) Sie haben

den Friedensfeinden der Entente das Rüstzeug geliefert,

indem sie die Friedensresolution zu zerfetzen suchten. (Sehr wahr!) Täuschen wir uns nicht, drüben besteht noch keine Friedensgeneigtheit. Zum Frieden kann es aber erst kommen, wenn die andern sich auf denselben Boden stellen wie wir. Die Resolution vom 19. Juli ist kein einseitiger Verzicht, sondern zugleich ein Schutz für den deutschen Besitzstand. (Sehr gut!)

Damit erledigen sich auch die Bemerkungen zweier Redner aus der vorigen Debatte über Elsaß-Lothringen. Demgegenüber müssen wir sagen: Sollte unglücklicherweise der Krieg weitergehen, so werden wir Sozialdemokraten ein gutes Gewissen haben und Deutschland wird frei sein von jeder Schuld der Eroberungssucht. Sollen wir noch einmal an die französischen und englischen Sozialisten appellieren? Ihre Hoffnung auf unsern Zusammenbruch, auf den Zusammenbruch unsrer innern Einheit ist eitel. Im Verteidigungswillen und in der Verteidigungskraft wird das deutsche Volk unüberwindlich sein. (Lebh. Beif.)

In der

innern Politik

kommt ebenfalls alles auf die Stärkung unsrer Verteidigungskraft an. Die englische Zuhungerpferre hätte uns nicht diese Nahrungsmittelnot gebracht, wenn nicht agrarische Interessen und profitsüchtige Händler das deutsche Volk ausgewuchert hätten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171019-13/fragment/page=0001

(Sehr wahr!) Wo wären wir sozialpolitisch in diesem Kriege hingekommen ohne die starke gewerkschaftliche Organisation, die Erhöhung der Unterstützung und der Rente, den neuen Schutz für die Soldaten gegen Willkür und Schikanen, den wir erst in der letzten Tagung wieder durchgesetzt haben. **Schutz der Menschenrechte, Menschenökonomie, Erhaltung und Wiederaufbau des physischen Körpers unsers Volkes ist unsre Zukunftsaufgabe,** und überall begegnen wir der **Vaterlandspartei als Hemmschuh.** (Sehr wahr!) In allen praktischen Fragen sind wir auch im Gegensatz zu den Unabhängigen. Sie haben gestimmt gegen die Aufhebung der politischen Zensur, gegen das Kapitalabfindungsgesetz, gegen die Befreiung der Gewerkschafter von den Fesseln des Vereinsrechts (Hört, hört!), gegen die Kriegsgewinnsteuer (Hört hört! Zuruf: Unerhört!), gegen die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung. Sie treiben

die Politik der Katastrophe,

wir schreiten Schritt für Schritt vorwärts und nehmen alle Abschlagszahlungen an, um sofort auf volle Zahlung weiterzudringen. Ihre Unfruchtbarkeit hat in der frühern einigen Fraktion Arbeitskraft und Arbeitsfreude getötet. Wir können die großen Aufgaben der Zukunft gar nicht lösen, wenn wir weiter diesen innern Widerstand zu ertragen haben.

Die große Frage der Demokratisierung hat jetzt die innere Krise hervorgerufen. Das gegenwärtige System ist im Kriege gewogen und zu leicht befunden worden. (Sehr wahr!) Es ist nicht geeignet, die Einheit unsers Volkes aufrechtzuerhalten. Starkes Staatsgefühl wächst auf dem Boden der Demokratie, deshalb ist es in England und Frankreich viel stärker als bei uns. Wir müssen diese Kraftquelle auch für Deutschland erschließen. Dazu ist der Krieg die beste Zeit. Wir brauchen das parlamentarische System, die organische Verbindung von Parlament und Regierung, dann wählt das Volk bei der Parlamentswahl seine Regierung selbst und die Krone ist nur der Vollstrecker des Mehrheitswillens. In der äußern Politik wollen wir den Frieden der Verständigung, in der innern Politik die Volksregierung. Wir verlangen einen festen Regierungskurs, der uns möglichst rasch aus dem Kriegselend herausführt. Wir wollen in Deutschland Zustände schaffen, auf die wir stolz sein können, unter denen jeder freudig für die Gesamtinteressen mitschaffen kann. Der Krieg als großer Revolutionär macht die Bahn frei für Neues. Gewiß stehen uns noch große Kämpfe bevor, aber auch unsre Macht ist gewaltig gewachsen und wir fühlen in uns die Kraft, ungeheure Aufgaben zu bewältigen. Wir haben einen tatkräftigen, tatfreudigen Optimismus, ein freies deutsches Volk mit höchster politischer und sozialer Kultur, im Innern geachtet, im Kreise der andern freien Völker ein reiche Frucht tragender Zweig am Baume der Menschheit. Das ist unser deutsches, unser sozialdemokratisches Ideal, das ist die hohe geschichtliche Mission der deutschen Arbeiterbewegung. Werden wir ihr gerecht! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

* * *

cb. Würzburg, 17. Oktober 1917.

Am dritten Verhandlungstag erhält nach Verlesung weiterer Begrüßungstelegramme von der Front und aus der Heimat das Wort zum

Korreferat

Abg. **Hoch:** Ich will mit David nicht über die Vergangenheit streiten. Die endgültige Entscheidung fällt die Partei, wenn alle Genossen wieder daheim sind und nach dem Falle des Belagerungszustandes ein unbeschränktes politisches Leben herrscht. Heute ist unsre Aufgabe, die gegenwärtige Lage zu prüfen und zu untersuchen, wie wir möglichst rasch aus dem Kriege herauskommen. (Sehr wahr!) Den entscheidenden Gesichtspunkt für die Beurteilung des Krieges hat David zu meinem Erstaunen völlig übersehen: Als der Krieg am 4. August ausbrach, war er von den herrschenden Klassen aller Länder planmäßig vorbereitet und als Eroberungskrieg gewollt. Er wäre auch als Eroberungskrieg durchgeführt worden, wenn alles nach dem Willen der herrschenden Klassen eines Landes gegangen wäre. (Sehr wahr!) Als Sozialdemokraten hatten wir gegen jede Unterdrückung eines Volkes durch ein andres zu kämpfen. Dazu mußten wir zunächst

unser eignes Land verteidigen,

denn gegen Unterdrückung muß sich jedes Volk selber wehren. Daneben mußten wir auch darauf achten, daß nicht ein andres Volk vergewaltigt werde.

Wer die Pflicht der Landesverteidigung überhaupt verneint, ist nach meiner Ueberzeugung kein Sozialdemokrat

(Sehr wahr!), aber das tut auch niemand, wenigstens die unabhängige Sozialdemokratie nicht. Auf der andern Seite mußte aber auch in jedem Augenblick neu geprüft werden, ob uns wirklich noch eine Vergewaltigung drohte, oder ob nicht andre Momente die Verlängerung des Krieges bestimmten. Die Extremen von der andern Seite wollten während der ganzen Kriegsdauer die Kredite bewilligen und die Regierung unterstützen, weil noch immer das Land in Gefahr sei. Aber so war die Erklärung vom 4. August nicht gemeint. Wir wollten uns keineswegs mit gebundenen Händen der deutschen Regierung ausliefern, sondern behielten unsre freie Entscheidung bei jeder Kreditforderung. (**Landsberg:** Sehr richtig!) Solange zu fürchten war, daß unser Volk unterdrückt werde, solange mußten und müssen wir alles tun, um das Schicksal von uns abzuwehren. Aber sobald das Ziel der Sicherung erreicht und die Feinde zum Frieden bereit waren, mußten wir unsre politische Stellung ändern. Wie steht es nun damit? Nach meiner festen Ueberzeugung ist

jede Vergewaltigung längst unmöglich

geworden. (Hört, hört!) Das hängt mit den unerschöpflichen Hilfsmitteln der modernen Technik und Wirtschaft zusammen, und auch mit dem starken Staatsgefühl der Volksmassen in allen Ländern, die wissen daß sie in ihrem Staat ihre Interessen wahrnehmen und ihre Rechte erweitern können. Und in dieser Unüberwindlichkeit aller Völker liegt die große geschichtliche Bedeutung dieses Krieges — dadurch wird er ein Wendepunkt in der Geschichte. (Sehr wahr!) Gewiß werden nicht alle Grenzsteine auf dem alten Flecke stehenbleiben, aber keinen Grenzstein kann mehr die Gewalt verrücken. Die Angst vor Eroberungen ist unbegründet geworden, Eroberungen und Vergewaltigungen sind überhaupt nicht mehr möglich. (Lebh. Hört, hört!) Nicht Eroberungen sind mehr die Gefahr, sondern daß der Krieg verlängert wird. (Zurufe: Von wem?) Das ist für Sie charakteristisch gefragt — die wahre Antwort sollen Sie gleich hören. Endet der Krieg so, daß keine Eroberungen mehr möglich sind, dann ist der bisherige Militarismus unmöglich, mindestens fällt sein Uebergewicht hinweg. Die wirtschaftliche Ausbeutung wird letzten Endes nur erhalten durch den militärischen Druck, die Kanonen sind die Ultima ratio auch gegen den innern Feind. Nun ist die Kapitalsgewalt durch den Krieg in einer Weise gesteigert worden, wie das vorher unvorstellbar gewesen wäre.

Der Mittelstand ist zerrieben

und wird durch die Uebergangswirtschaft vollständig vernichtet werden. Der Wegfall des Gewaltprinzips stellt die volle Freiheit auch auf dem Weltmarkt automatisch her. Daher hat in Zukunft auf dem Weltmarkt nur noch das Volk Aussicht, sich zu behaupten, das die größte wirtschaftliche Macht entfaltet. Das kann nur durch den rationellsten Großbetrieb geschehen. Anderseits hat der Krieg die weitesten Kreise der Bevölkerung mit dem Bewußtsein ihrer ungeheuern Opfer, aber auch ihrer Macht erfüllt. Nun werden die hohen Lebensmittelpreise noch lange Zeit bleiben, und es droht dem Volk eine geradezu ungeheuerliche Ausbeutung. Dagegen wird es, so hoffe ich bestimmt, selbstbewußt sich wehren. Damit aber hat auch durch den Krieg der Kapitalismus eine Erschütterung erlitten, die er nicht mehr überwinden kann. Alle Welt hat erkannt, daß die Wirtschaft und der Großbetrieb, notwendig wie sie sind, nicht mehr

der Willkür des Kapitals überantwortet

werden dürfen, sondern daß die Gesamtheit sich einmischen muß. (Sehr wahr!) Die bisherige Staatswirtschaft hat keinerlei Aehnlichkeit mit dem Sozialismus, aber diese Wirtschaft wird immer mehr und mehr unter die Kontrolle der Gesamtheit kommen. Nach dem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen wird eine Ausbeutungswirtschaft unmöglich. Das ist die Gefahr, vor der die kapitalistischen Kreise zittern. Sie sehen eine andre Zeit vor sich als die, in der sie leben und die sie verstehen. Deshalb sind es nicht die alldeutschen Professoren-Ideologien, die den Krieg verlängern, sondern die Klasseninteressen der Bourgeoisie. Sie muß den Krieg verlängern, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Darum ist der Kampf für den Frieden der schwerste und ernstlichste Klassenkampf. Diesen Klassenkampf müssen wir führen nach den alten unveränderten Grundsätzen unsrer Klassenkampftaktik.

Die einzige Gefahr, die uns jetzt droht, ist die Verlängerung des Krieges, das weitere

Verarmen und Verbluten des Volkes.

Dagegen müssen wir mit aller Kraft ankämpfen. (Zurufe: Selbstverständlichkeiten!) Darum müssen wir kämpfen gegen diejenigen Parteien und Regierungen, die im Dienste dieses Widerstandes stehen, gegen den Militarismus und die bürgerlichen Regierungen in allen Ländern. Das Zusammenwirken mit den bürgerlichen Parteien in der Friedensfrage ist möglich und notwendig, weil die hinter ihnen stehenden Kreise auch den Frieden fordern. Aber wir müssen die Bewegung leiten und auf dem rechten Wege halten. (Zurufe: Selbstverständlichkeiten!) Die kapitalistischen Politiker erstreben ein Gewaltregiment von Militär und Geldsack. Demgegenüber wollen wir die Entscheidung über Krieg und Frieden den Völkern übertragen. Die Verfassungsfragen sind in allen Einzelheiten mit der Friedensfrage verknüpft. Ohne Verfassungsfragen können wir die Friedensfrage nicht lösen und ohne die Friedensfrage gibt es keine Verfassungsfragen. In diesem Kampf ist noch alles zu leisten. Die Friedensresolution vom 19. Juli kann ein großer ausschlaggebender Erfolg sein, wenn dahinter ein fester Kampfeswille steht. Aber noch herrschen Unklarheiten, Zweideutigkeiten und Halbheiten, und über die müssen wir endlich auf der ganzen Linie hinaus. Geduld und Kraft der Völker in allen Ländern ist zu Ende. Kommt in diesen Wochen nicht der Frieden von oben, dann kommt er von unten in revolutionären Zuckungen. Vor diesem Unglück müssen wir unser Land bewahren. Wir müssen der Regierung erklären, daß wir ihr keinen Pfennig mehr bewilligen, wenn sie nicht klipp und klar unsre Friedensforderungen annimmt. Erst dann haben wir das Recht, andern Völkern Vorwürfe zu machen. Den rücksichtslosen, schonungslosen Kampf zu proklamieren, ist die Aufgabe dieses Parteitags, damit muß er vor der Partei und Menschheit bestehen. (Lebhafter teilweiser Beifall.)

Der Parteitag tritt in die

Diskussion

ein. Mit zur Beratung gestellt werden die Anträge, insbesondere ein Antrag Hoch und Genossen, der folgenden Wortlaut hat:

Die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß endlich der Krieg beendet wird durch den Frieden, der das einzige Mittel dazu ist, nämlich durch den Frieden ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigung irgendeines Volkes, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen und auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker. Zu dem Frieden können wir erst dann gelangen, wenn in allen Ländern das arbeitende Volk den Widerstand der großkapitalistischen und militaristischen Kreise überwunden hat, die nicht auf Eroberungen verzichten, sondern den Krieg weiter und weiter verlängern wollen in der Hoffnung, daß sich ihnen doch noch eine günstige Gelegenheit zu Eroberungen bieten werde. So ist mit dem Kampfe für den Frieden unlösbar verbunden der Kampf gegen die politische Bevormundung des Volkes im eignen Lande, der Kampf um das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Wahlen, um den entscheidenden Einfluß des Volkes auf die Regierungen, um die Beseitigung aller volksfeindlichen Beschränkungen.

In diesem Kampfe hat die Sozialdemokratie die Führung zu übernehmen im Sinne der Grundsätze unsers Parteiprogramms und der Beschlüsse unsrer Parteitage und internationaler Kongresse, die die Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner fordern und eine Politik des Entgegenkommens an Eroberungspläne und scharfmacherische Bestrebungen ablehnen. Daher hat die Sozialdemokratie auch die Regierungen zu bekämpfen, die offen oder hinterhältig die Bestrebungen gegen den von uns geforderten Frieden fördern. Unsre Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kriegsforderungen bewilligen und ebensowenig einer andern Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und unzweideutig in allgemeinen und in den wichtigeren Einzelfragen zu unsern Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekennt oder deren Handlungen ihren Zusicherungen widersprechen.

Noske: Keine feindliche Regierung hat bisher Friedensgeneigtheit gezeigt. Die Friedensresolution des Deutschen Reichstags ist aber auch nach Hoch ehrlich gemeint. An der Ehrlichkeit der deutschen Friedensbereitschaft ist nicht zu zweifeln. Kredite haben wir niemals der Regierung bewilligt aus Liebe für die Junker und Kapitalisten. Die deutschen Arbeiter haben sich geschlagen, um die feindliche Invasion fernzuhalten. Wir haben nicht Schaukelpolitik zu treiben, sondern das zu tun, was den Arbeitern frommt. Die Landesverteidigung steht in unserm Programm, und auch nach dem Kriege werden die Landesverteidigungsfragen von größter Bedeutung sein.

War es ein deutscher Eroberungskrieg,

als England uns den Krieg erklärte? (Sehr gut!) Jedes Mittel zur Kriegsbeendigung ist mir recht, aber international sein heißt, daß das Proletariat in allen Ländern zugleicher Zeit und mit gleichen Mitteln auf das Kriegsende hinarbeitet. Das ist in Stockholm nicht gelungen. Unsre Kreditverweigerung würde den Krieg nicht beendigen. Sollen wir, während unsre Leute draußen im Feuer zehntausender Geschütze liegen, während draußen die Höllenschlacht tobt, die Mittel zur Landesverteidigung verweigern? Das würde die Kampffähigkeit unsrer Truppen erschüttern, würde die Gefahr der Invasion bedeuten. (Zustimm.)

Brückner (Berlin): Die Politik der Fraktion hat sich erfreulich von der Phrase entfernt. Sie muß aber dem Volke noch besser bekannt werden. Die Friedensaktion hat die Preußenfrage zurückgestellt. Man muß das Eisen schmieden, solange es warm ist. Die Abstimmung der Unabhängigen im Reichstag hat gezeigt, daß sie lieber mit Heydebrand und Westarp gehen als mit den eignen Klassengenossen. Als ich bei Kriegsausbruch von Birmingham heimkehrte und in ganz Deutschland die ungeheure Begeisterung anstaunte, sah ich, daß gar viele Arbeiter bei den Siegesnachrichten lachten. Hätte die Fraktion eine andre Stellung eingenommen, wer weiß, welchen Eindruck das im Lande gemacht hätte. Redner begründet den Berliner Antrag, der den parlamentarischen Vertretungen geschlossenes Auftreten in den Parlamenten zur Pflicht machen will, daß Parteidisziplin im Parlament durch Parteitagsbeschluß vorgeschrieben wird.

Emmel (Mülhausen i. Els.): Wohl war bei Kriegsausbruch die Volksstimmung überall für die Kreditbewilligung; aber das, weswegen 1870 Bebel und Liebknecht die Fenster eingeschlagen wurden, haben wir später als ihre größte Tat anerkannt. Ebert hat am Reichstag der Regierung den schärfsten Kampf angesagt. Wie kann man da der Partei noch zumuten, ihr die Mittel zu bewilligen? Für einheitliches Vorgehen im Parlament sind auch wir, aber es muß jedem unbenommen bleiben, sich der Abstimmung zu enthalten. In der elsaß-lothringischen Frage kann nur von einem Selbstbestimmungsrecht

im Rahmen des Deutschen Reiches

die Rede sein. Würde Elsaß-Lothringen über seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden können, warum nicht auch Hessen, Mecklenburg, Thüringen? Wirtschaftlich ist Elsaß-Lothringen durchaus in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingegliedert, und seine Losreißung würde zu den schwersten Schädigungen führen. Die Sozialdemokratie muß aber mit größter Entschiedenheit gegen den nach so langer Kriegsdauer auch im Operationsgebiet unerträglichen Belagerungszustand kämpfen, dessen Aufhebung im dringendsten Interesse des Deutschen Reiches liegt.

Weigand (Bremen): Durch Kreditverweigerung einseitig in Deutschland wird der Friede nicht gefördert; erst müßte eine internationale Verständigung der Sozialisten vorangehen, andernfalls machen wir unsre Situation in Deutschland unmöglich. Durch Kreditverweigerung wäre auch der Belagerungszustand nicht beseitigt, sondern nur verschärft worden. Erreicht hat die Opposition nur die Zerreißung der Partei, für den Frieden aber hat sie nichts durchgesetzt. Unsre Fraktion aber hat eine bürgerliche Mehrheit gezwungen, in der Friedensfrage mit uns zu gehen. Hätte das bei der Kreditablehnung erreicht werden können? Auch die Oster- und Julibotschaft sind Erfolge der praktischen Arbeit der Fraktion, wir müssen also auch für die Zukunft durchaus freie Hand für sie lassen. Redner begründet dann einen Antrag Bremen, die Kriegsbeschädigten-Fürsorge und Hinterbliebenen-Versorgung den Rechtsregeln der Reichsversicherungsordnung zu unterstellen.

Dr. **Lensch:** Die Entscheidung des 4. August war in der Tat

ein weltgeschichtlicher Wendepunkt,

aber wie konnte man dann sagen: „Wir machen wahr, was wir immer gesagt haben.“ Die überwiegende Mehrheit des In- und Auslandes hatte eine andre Entscheidung erwartet. Die Zitate aus den heiligen Schriften von Marx und Engels beweisen dagegen gar nichts. Man kann dreimal so viel entgegengesetzte Zitate anführen, aber entscheidend sind nicht die Altvordern, sondern entscheidend war die weltgeschichtliche Situation des Augenblicks. Und darum fehlte mir an Davids Referat die weltgeschichtliche Basis, ohne die wir nicht zum geschichtlichen Verständnis kommen. Tatsächlich ist doch am 4. August die alte Internationale zusammengebrochen. Die Ursache war die brutale Tatsache der englischen Weltherrschaft, an deren Aufrechterhaltung auch die englische Arbeiterklasse interessiert war. Deshalb war die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder bisher nur eine Idee, keine Wirklichkeit. Wie wird es in Zukunft werden? Aber einstweilen müssen wir mit den gegebenen Tatsachen rechnen. Eine glatte Lösung der Kriegsfrage ohne Knoten gab es überhaupt nicht. Den Widerspruch zwischen Kreditbewilligung und Ablehnung der Militärforderungen in der Friedenszeit hat auch David nicht aus der Welt geschafft. War das nicht — rückblickend gesehen — auch früher schon eine Gefährdung der nationalen Interessen? Könnten wir doch so ehrlich wie ein Engels sagen, daß die geschichtliche Entwicklung ihm unrecht gegeben habe. Aber leider sind wir noch zu stark von agitatorischen Bedürfnissen abhängig, um so ehrlich gegen uns selbst zu sein. Wir dürfen den Krieg nicht vom Standpunkt der Krankenschwester aus betrachten, sondern als revolutionäre Tatsache. Weisen wir also die Neuorientierung im eignen Leben nicht so von uns. (Teilweiser Beifall.)

Meerfeld (Köln): Emmel hat sich auf die Volks- und Massenstimmung berufen, das ist berechtigt, aber nicht immer tapfer. (Sehr wahr!) Mancher Führer schafft sich erst die nötige Massenstimmung, um sich dann hinter ihr zu verkriechen. Wir haben aus stärkstem Verantwortlichkeitsgefühl und aus Liebe zum deutschen Volke am 4. August 1914 wie am 19. Juli 1917 gehandelt. Die Resolution vom 19. Juli kann nicht erst ein Erfolg werden, sondern ist es bereits. (Sehr wahr!) Auf diesem Wege werden wir weitergehen. Wir dürfen darum nicht festgelegt sein, auch nicht auf das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, wie Winnig möchte. Die Resolution des 19. Juli war

eine Großtat der Partei,

deshalb trifft der Haß der Alldeutschen auch uns und nicht die Unabhängigen, die sich ja fortwährend mit Westarp und Heydebrand gerührt in die Arme sinken. Darum genießen sie in gleicher Weise die Zuneigung der Alldeutschen wie der Feinde im Ausland. (Sehr wahr!) Wir sagen der Regierung Michaelis, die saft-, kraft- und hilflos umhertreibt, den schärfsten Kampf an, wir überlegen, ob wir dieser Regierung die notwendigen Mittel zur Verteidigung des Landes weiter in die Hand legen können. (Hört, hört!) Wir sprechen Deutschland nicht von aller Schuld frei. Wir geben Professor Haller recht, daß Schuld an dem Kriege die englische Einkreisungspolitik sei, aber die Schuld an der Einkreisungspolitik trägt die Weltpolitik des Fürsten Bülow. Wir sind aber einmal in den Mahlstrom des Krieges geraten und müssen jetzt das Volk, so gut es geht, vor dem ärgsten Schaden bewahren. Die Zukunft wird unsre Haltung glänzend rechtfertigen. Vom Kriege geht eine neue Zeit aus und wir wollen und müssen dabei sein. (Lebh. Beif.)

Stampfer (Berlin): Erfreulicherweise haben wir keinen Katholikentag hier bekommen, sondern tragen unsre innern Gegensätze offen wie stets aus. Unsre Taktik hat seit dem Sozialistengesetz natürlich große Wandlungen durchmachen müssen, die Hoch vergeblich ableugnet. Wir müssen jetzt zu einer Politik positiven Forderns und unmittelbarer Wirksamkeit übergehen. Wir sind zu groß geworden, um ohne praktische Resultate heimkommen zu dürfen. Wir dürfen natürlich nicht blindlings annehmen, aber wir müssen uns auch freihalten vom Ablehnungskoller der Unabhängigen. Statt des starren Systems brauchen wir eine geschmeidige Taktik, volle geradlinige Verfolgung unsrer Ziele, volle Freiheit in der Wahl unsrer Mittel. So werden wir zum Siege gelangen. (Beifall.)

Löbe (Breslau): Was lenkt die Aufmerksamkeit der Welt auf diesen Kriegsparteitag? Man erwartet eine klare Stellung zum jetzigen Stande der Friedensfrage, zur Regierung Michaelis und zur Tätigkeit unsrer Fraktion. Diese klare Stellung will unsre Resolution geben. Wir billigen darin die Gesamttätigkeit und Gesamtauffassung der Fraktion. Dabei bleiben natürlich einzelne Einwendungen durchaus offen, z. B., ob nicht Haase am 4. August die Pflicht gehabt hätte, sofort gegen das Unrecht in Belgien zu protestieren, oder ob nicht schärfer gegen den U-Boots-Krieg hätte protestiert werden sollen, und ob der Reichstag nicht in letzter Zeit wiederholt zu rasch auseinandergegangen ist. Aber im ganzen hat die Tätigkeit der Fraktion Beifall weit über die Reihen unsrer Genossen hinaus gefunden. Indem sie dem Lande diente, schuf sie zugleich

für die Partei eine günstige Situation.

Wir haben den Resonanzboden im Volke nicht verloren, auch nicht durch die Unabhängigen. Nur bei der Trennung von der Partei haben die Unabhängigen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, seitdem nicht mehr. Die ganze Wut und der infernalische Haß der Alldeutschen richtet sich gegen uns. Wir wollen ihn weiter verdienen, indem wir in unsrer Resolution den schärfsten Kampf gegen die imperialistisch-kapitalistische Gruppe proklamieren. Wir akzeptieren in dieser Resolution die Friedensformel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171019-13/fragment/page=0002

„ohne Annexionen und Entschädigungen" und billigen die Reichstagsentschließung vom 19. Juli, die Antwortnote an den Papst und die Tätigkeit der deutschen Delegierten in Stockholm. Wir verlangen von der Regierung unbedingte Klarheit. Kriegskredite soll die Fraktion bewilligen, soweit das Interesse der Landesverteidigung es gebietet. Wir lehnen weiter jede Verantwortung ab, wenn die Regierung die demokratische Neugestaltung im Reich und in den Bundesstaaten verweigert oder verzögert. Für diese sachliche Klarstellung sollten wir eine erdrückende Mehrheit finden. Uns schaudert vor dem vierten Kriegswinter mit seinem ungeheuern Elend,

uns schaudert vor neuen Großkampftagen.

Kein Tag soll vergehen, ohne daß wir für die rascheste Beendigung dieses entsetzlichen Gemetzels eintreten; kein Tag des verheerenden Krieges soll solchen Eroberungen gewidmet sein. Mit dieser Parole werden wir das ganze Volk auf unsre Seite zwingen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Reichstagsabgeordneter **Davidsohn** (Berlin): Unzweifelhaft bestehen in Arbeiterfamilien immer noch augenblickliche Notstände, gegen die wir sofortige sozialpolitische Aktionen einleiten müssen, die ein unmittelbares Eingreifen verlangen. Ein solches fordert ein Antrag meines Wahlkreises Grünberg. Gerade aus den Erfahrungen der dortigen Textilarbeiter heraus, die vielfach trotz ungeheurer Gewinne der Unternehmer noch ganz jammervolle Löhne haben. Normalarbeitstag und Minimallöhne müssen zu unmittelbaren Tagesforderungen erhoben werden. (Beifall.)

Winnig (Hamburg): Als Massenpartei haben wir eine gewisse taktische Schwerfälligkeit. Das hemmt bis zu einem gewissen Maße die vertiefte Begründung unsrer neuen Handlungsweise während des Krieges. Der Reichstag ist während des Krieges viel populärer geworden, obwohl er sich bei den Regierungskrisen nicht bloß Ruhmestitel erworben hat. Als er zum erstenmal über die Zusammensetzung der Regierung befragt wurde, stürzte er den einzigen Kanzler, von dem man den Wunsch haben mußte, daß er bleibe, den Kanzler der Neuorientierung und des Verständigungsfriedens, der an Durchbildung und Redlichkeit unter den Staatsmännern weit hervorragte. Das muß der Reichstag durch

Beseitigung des jetzigen Kanzlers

wieder gutmachen. Die Worte Eberts in der letzten Sturmsitzung waren für viele Genossen eine wahre Erlösung. Die dringendste Aufgabe der deutschen Politik ist jetzt, daß der Reichstag bestimmenden Einfluß auf die Regierung erlangt. Dazu bedürfen wir nicht so sehr einer Verfassungsänderung als einer zielbewußten und arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit. Ohne diese ist keine Parlamentarisierung möglich. (Sehr wahr!) Die Reichstagsmehrheit darf nicht auseinanderfallen, sondern muß sich auf feste Mindestforderungen einigen. Gewiß gibt man dadurch eine gewisse Bewegungsfreiheit auf, aber der positive Gewinn ist größer. Wir müssen aus der jetzigen geschichtlichen Situation herausholen, was überhaupt in ihr steckt. Das gegebene Kampffeld für die nächste Zeit ist das Parlament. Eine Arbeiterklasse, deren Fortschritt durch praktische, organisatorische und parlamentarische Arbeit gesichert werden kann, ist niemals gewillt, Revolution zu machen. Die Zukunft kann uns neue Situationen bringen. Wir müssen bereit sein zur parlamentarischen Taktik oder auch dazu, im Sturm und Drang niederzureißen, was zum Fallen reif ist. Im Augenblick aber müssen wir die Bestätigung des Parteitags dazu bekommen, daß die Fraktion mit gutem Gewissen fortsetzen kann, was sie in Zusammenarbeit mit andern Parteien gewonnen hat. Wir müssen den Weg frei machen für die neue Taktik. (Beifall.)

*

Nachmittagsitzung vom Mittwoch.

Ebert teilt mit, daß über den Antrag Löbe namentliche Abstimmung beantragt ist.

In der weitern Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion erhält zunächst das Wort

Schreck (Bielefeld): In der Frage der Ernährung von Heer und Volk hat die Regierung ihre Pflichten aufs schwerste vernachlässigt. Hier kommen wichtige Lebensinteressen des Volkes in Frage, und dabei könnte die Bewilligung der Kriegskredite sehr wohl benutzt werden, um die Regierung zur Pflichterfüllung zu zwingen. Auch wegen der Einengung der politischen und wirtschaftlichen Betätigung wächst die Erbitterung.

Franz (Waldenburg) führt lebhafte Beschwerde über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts im Kreise Waldenburg (Schlesien). Trotz aller Versprechungen, daß es besser werden wird, sind bis in die letzte Zeit hinein Gewerkschaftsversammlungen, ja sogar eine Zusammenkunft des Gewerkschaftskartells und auch die Zusammenkunft von Vertrauensmännern mit Vertretern von Behörden verboten worden. (Hört, hört!) Wünschenswert wäre es, wenn die Fraktion für die Opfer der Striegauer Ausschreitungen eintritt. Es handelt sich hierbei um die Opfer der mangelnden Ernährungsfürsorge, um Frauen von Kriegsteilnehmern, die, weil in Striegau 8 Tage kein Brot vorhanden war, vor das Landratsamt gezogen sind. Die Exzesse, die hierbei vorgekommen sind, sind zu verurteilen; aber es ist niemand ernsthaft verletzt worden, und die ungeheuer hohen Strafen sind jedenfalls nicht gerechtfertigt. Ein Begnadigungsgesuch ist vor dem Staatsanwalt, der die Anklage erhoben hatte, nicht befürwortet worden.

Sollmann (Köln): Die Kölner ersuchen alle Instanzen, sich mehr mit der Lage der Staats- und Gemeindeangestellten zu beschäftigen. Tatsächlich haben wir viele Wähler aus den Reihen der Privatangestellten gewonnen. Staats- und Gemeindebeamten hatten bisher keine Möglichkeit, sich der Partei anzuschließen. Jetzt ist aber Dr. August Müller Unterstaatssekretär geworden. Wenn er auch so weit rechts steht, daß er von links kaum mehr mit bloßem Auge erkannt werden konnte, so ist er doch eingeschriebenes Parteimitglied, und was dem Herrn Unterstaatssekretär recht ist, muß dem Schutzmann Müller und dem Nachtwächter Meier billig sein. Die Beamtenschaft wird nach dem Kriege stark radikalisiert werden und stark wachsen. Sie war bisher politisch sehr unzuverlässig und wird es vielleicht auch bleiben, aber jedenfalls müssen wir uns ihrer Interessen mit vollem Nachdruck annehmen. (Beifall.) Den Genossen Hoch und Emmel danken wir, daß sie in der Partei geblieben sind und ihre Meinungsverschiedenheit kameradschaftlich mit uns austragen. Aber die Annahme ihrer Resolution würde zu einer

politischen und moralischen Katastrophe

für uns werden. Wenn die Unabhängigen ein historisches Verdienst haben, so ist es das, daß eine solche Bewegung im Ausland nicht das gewünschte Echo findet. (Sehr wahr!) Die Gedankengänge Winnigs sind recht logisch, aber sie eilen der Zeit voraus. Die bürgerlichen Parteien sind gar nicht zur Zusammenarbeit bereit. So hat z. B. das Kölner Zentrum es rundweg abgelehnt, mit uns gemeinsam eine Demonstrationsversammlung für die Resolution des 19. Juli abzuhalten. (Hört, hört!) Die Zentrumsarbeiter und auch die Massen der Zentrumsanhänger sind freilich nicht etwa mit der „Kölnischen Volkszeitung" einverstanden. Sie lechzen nach einer starken Bewegung gegen die Vaterlandspartei bis in die kleinsten Dörfer hinein. Entfesseln wir eine starke Volksbewegung für eine Politik des Friedens und der Partei. (Beifall.)

Brandes (Magdeburg):

Eine solche Bewegung ist leider nicht möglich, weil wir keine Redefreiheit haben. Wie wird jetzt wieder die Opposition behandelt. Das kennzeichnet so recht die Neuorientierung. Da ist es höchste Zeit, daß wir unsre politische Stellung revidieren. Man hat die Kreditbewilligung unmittelbar aus der Pflicht der Landesverteidigung hergeleitet. Damit hat man Verleumdungen Vorschub geleistet, mit denen in der frühern Zeit die ganze Partei als vaterlandslos hingestellt wurde. Heute ist glücklicherweise die Fraktion nicht mehr geneigt, bedingungslos Kriegskredite zu bewilligen, sondern sie will dieses wichtigste Druckmittel gebührend ausnutzen, um Fortschritte für das Volk zu erzielen. Auf diesem Wege muß sich die Fraktion weiter entwickeln. Was den Antrag Winnig angeht, so sind wir nie ängstlich darin gewesen, zu bestimmten Zwecken mit andern Parteien zusammenzugehen, aber wir können deswegen unsre Selbständigkeit nicht aufgeben. Wir müssen festhalten an unsern alten Grundsätzen: Klassenkampf und Internationalität! (Teilw. Bravo!)

Weißmann (Freiburg i. Br.): Wir im bombengesegneten Freiburg danken der Fraktion für die Bewilligung der Kriegskredite. Uns bangt vor jeder hellen Nacht und jedem schönen Wetter. Dann kommen die feindlichen Flieger über uns, und die deutschen Kanonen sind dann unser einziger Schutz. Die reichen Leute sind schon alle von Freiburg weggezogen. (Hört, hört!) Die Arbeiter können nicht wegwandern. Helfen Sie deshalb weiter den Kriegsgebieten — für sie ist der Krieg gewiß ein reiner Verteidigungskrieg. (Beifall.)

Hauschild (Kassel): Wir haben niemals bedingungslos Kriegskredite bewilligt, sondern stets nur für die Verteidigung, und ein Verteidigungskrieg ist es. Hoch hat sehr richtig gesagt, daß wir zur Bewilligung von Kriegskrediten verpflichtet sind, wenn dem Lande die Gefahr droht, vom Feind erdrückt zu werden. War diese Gefahr jemals größer als jetzt? Da verlangt das Lebensinteresse der deutschen Arbeiter unsre Kreditbewilligung. Es ist vollkommen falsch, daß wir den Klassenkampf abgeschworen hätten. Die Katastrophenpolitik haben wir endgültig abgelehnt und uns zur organischen Arbeit bekannt. Für sie bedürfen wir rücksichtsloser Durchsetzung der preußischen Wahlreform und Beherrschung des Staates durch die Volksvertretung. Gerade die Aera Michaelis hat diese letzte Forderung außerordentlich populär gemacht. Wir dürfen auch vor der Teilnahme an der Regierung nicht zurückschrecken. Was Winnig gesagt hat, sind eigentlich nur noch Selbstverständlichkeiten. Unsre praktische Arbeit für die Demokratisierung findet Anhang und Beifall selbst bis in die Reihen der Unabhängigen hinein. Ihre Fortsetzung durch die Fraktion ist ausgezeichnete Werbearbeit. (Lebh. Beifall.)

Stolten (Hamburg): Brandes will, daß wir die Kreditbewilligung nur noch als Pressionsmittel benutzen, aber die Pressionspolitik muß aufhören, sobald dadurch die Allgemeinheit gefährdet wird. Es scheint mir auch zweifelhaft, ob man der deutschen Regierung Hinterhältigkeit in den Kriegszielen vorwerfen kann. Wenn Bethmann und Michaelis schon vor Wochen alles das erklärt hätten, was wir ihnen vorschlugen, wären wir wahrscheinlich dem Frieden auch noch nicht einen Schritt näher. Unterschätzen Sie doch die Schwierigkeiten der Friedensarbeit der deutschen Regierung nicht. Sowenig wir am Scheitern von Stockholm schuld sind, sowenig ist Deutschland für die Verlängerung des Krieges verantwortlich. Die

Entente will eben noch immer den Frieden nicht.

(Sehr wahr!) Im übrigen bewilligen wir die Kredite nicht der Regierung, sondern der Nation. Lensch hat den 4. August einen Bruch mit unsrer frühern Haltung genannt. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Aber wir standen auch vor einer ganz neuen Situation. Im Frieden waren wir immer die strengen Kritiker gegen unser Land, unsre politischen Einrichtungen und unsre eigne Partei. Wenn nach diesem Kriege die sozialdemokratischen Parteien der andern Staaten gegen sich auch nur annähernd so streng sind, wie wir stets gegen uns waren, wird die Internationale gesunder als früher sein. Hoch meinte, daß schon immer die Fraktion das Mögliche durchgesetzt hätte, dabei übersieht er das Wesentliche. Wenn die bürgerlichen Parteien uns Zugeständnisse machen, dann verlangen sie dafür auch, daß wir nachher das ganze Gesetz annehmen und

die Mitverantwortung übernehmen.

Wir müssen also aus der Selbstisolierung heraus. Kompromißpolitik oder Demonstrationspolitik, eine dritte Möglichkeit gibt es nicht, und wir müssen uns für die praktische Politik entscheiden.

Schmidt (Meißen): Daß Deutschland gerade in diesem Augenblick stärker bedroht sei als je, erzählt uns David vor jeder Kreditbewilligung. Aber wie wollen Sie dann den französischen Genossen Vorwürfe machen, daß sie die Kriegskredite annehmen, da ihr Land doch nicht stärker bedroht ist? (Zurufe: Wer macht ihnen denn deshalb Vorwürfe?) Bethmann hat sich zwar nicht den Alldeutschen ergeben, aber es immer mit keiner Partei verderben wollen. Ausdrücklich hat er gesagt, daß der Standpunkt der bloßen Verteidigung für ihn nicht mehr besteht. Auch Michaelis wollte die Politik der Zweideutigkeit fortsetzen. Was will nun David tun, wenn die Regierung noch immer keine Klarheit schafft? Will er dann auch dem „Volke", das nichts zu sagen hat, die Kredite bewilligen, will er sie auch bewilligen, wenn die Regierung ein neues Sozialistengesetz schafft? (Gelächter und Widerspruch.) Wir müssen mit der schärfsten Waffe Klarheit schaffen, eben mit der Drohung der Kreditverweigerung. Die Blockpolitik erzeugt nur Illusionen. Es gibt keine warhaft demokratische bürgerliche Partei. (Teilweiser Beifall.)

Scholich (Breslau): Unsre Arbeit für die Feldgrauen kann gar nicht intensiv genug sein. Unser besonderes Bureau wird eine Fundgrube von Material für Heeresreform auch nach dem Kriege sein. In der letzten Session hat die Fraktion eine ganze Reihe von Anträgen zugunsten der Soldaten eingebracht. Aber was sagt die Regierung dazu? Kommt endlich die Erhöhung der Löhnung usw? Redner bespricht dann den Belagerungszustand in Schlesien. Keine Kreditbewilligung, wenn das in Schlesien nicht anders wird. Sonst sind wir mit der Tätigkeit der Fraktion voll einverstanden. (Beifall.)

Abg. **Stücklen**: In der

Arbeit für unsre Feldgrauen

sind wir stets einstimmig gewesen. Wir haben die Pflicht, für unsre Feldgrauen und ihre Familien zu arbeiten, stets als Ehrenpflicht empfunden, bei ihnen darf nicht gespart werden. Unser letzten Anträge sollen Milliarden Mark erfordern. Auch diese Summe müßte aufgebracht werden. Wir haben vor dem Kriege den Militarismus leidenschaftlich bekämpft. Mit dem Kriege traten zunächst andre Fragen in den Vordergrund. Aber für die Bekämpfung der langen Dienstzeit haben uns die Kriegserfahrungen mit der raschen Ausbildung selbst älterer Leute zur Kriegstauglichkeit das beste Material gebracht. Wir werden nicht ruhen, bis wir die stehenden Heere in demokratische Volksheere umgewandelt haben. (Bravo!) Seit Kriegsbeginn haben wir sofort und als einzige Partei Anträge zugunsten der Feldgrauen gestellt. Die andern Parteien sind uns allmählich gefolgt, und im letzten Tagungsabschnitt sind schließlich alle unsre Anträge einstimmig angenommen worden, und die Regierung wird einen großen Teil davon bald verwirklichen müssen.

Nun ist gelegentlich getadelt worden, daß wir nicht noch schärfer vorgegangen sind, namentlich im Plenum des Reichstags; insbesondere sollte das im Kampfe gegen die Mißhandlung geschehen sein. Wie liegt das tatsächlich? Wir hatten in der Kommission eine Erklärung des Kriegsministers herbeigeführt, die in dieser Form und Schärfe unmöglich wiederholt werden konnte, deshalb verzichteten wir auf die öffentliche Aussprache und warteten zunächst einmal ab. Und tatsächlich ist die Besserung auf diesem Gebiet danach eingetreten. Auch sonst haben wir in der öffentlichen Kritik immer darauf Rücksicht nehmen müssen,

dem Feinde kein Material zu liefern.

In der Kommission aber haben wir kein Blatt vor den Mund genommen. Wäre es der Fall gewesen, dann hätten die Unabhängigen uns das gewiß schon längst vorgeworfen. (Lebh. Sehr wahr!)

Was haben wir nun durchgesetzt? Wir haben hingewiesen auf die enormen Gehalte in der Kriegsbesoldungsordnung und die jämmerlichen Löhne der Soldaten. (Sehr wahr!) Von diesem Standpunkt aus setzten wir die Erhöhung der Krankenlöhnung durch. Jetzt endlich ist auch die allgemeine Erhöhung des Soldes der länger dienenden Soldaten durchgesetzt, und der Reichsschatzsekretär wird sich damit beschäftigen müssen. Wir haber an der Verpflegung der Soldaten unermüdlich Kritik geübt. Am besten wäre es natürlich, wenn

alle draußen aus einem Topf essen

müßte. (Lebhafte Zurufe: Auch drinnen!) Aber einiges in dieser Richtung ist doch erreicht worden. Wir haben das Recht der Soldaten auf Urlaub erkämpft gegen den Widerstand der Regierung. Wir haben die freie Eisenbahnfahrt der Soldaten nach der Heimat herbeigeführt und ihnen für die Urlaubszeit erhöhtes Verpflegungsgeld erwirkt. Unteroffizieren, Feldwebeln, Offizier- und Beamtenstellvertretern, allen denen, die kolossal viel leisten, aber ungenügend bezahlt werden, sind wir beigesprungen. In die Kantinenverhältnisse haben wir Ordnung gebracht. Die letzten Söhne und die Väter kinderreicher Familien sind nach unsern Wünschen aus der Front zurückgezogen worden. Vater und Sohn sollen nicht mehr zusammen an der Front stehen. Die Versetzung der Jahrgänge 1868 bis 1870 in ihre Heimatgarnisonen ist zugesagt. Ein besonderes Bureau gibt Auskunft und bearbeitet das ganze Material für die Fraktion. Kommen die Feldgrauen zurück, dann können wir ihnen sagen, daß die Sozialdemokratie unablässig für ihre Familien eingetreten ist und daß sie sich uns anschließen sollen zum Kampfe gegen das gemeinsame Ziel. (Bravo!)

Abg. **Cohen** (Reuß): Wir bewilligen die Kredite natürlich nicht unter allen Umständen. Aber ich kann mir jetzt die Situation kaum vorstellen, in der wir sie ablehnen können. In diesem Kriege hat es noch keine Stunde gegeben, in der Deutschland nicht in der höchsten Gefahr gewesen wäre. Auch ich habe scharfes Mißtrauen gegen Dr. Michaelis, aber sachlich hat er unsern Friedensstandpunkt sich ziemlich zu eigen gemacht.

Bedingungslos können wir Belgien nicht räumen,

sonst gibt uns England unsre Kolonien nicht zurück. Die Kreditverweigerung wäre für die Feldgrauen das Signal zur Zähmung ihres Kampfwillens. Wenn wir nicht die feindliche Koalition sprengen, sind wir verloren. England und Amerika werden uns nach dem Kriege nicht lieben. Darum müssen wir mit dem neuen Rußland in ein freundschaftliches Verhältnis kommen.

Landsberg (Magdeburg):

Der ganze Parteitag steht ausnahmslos auf dem Boden der Landesverteidigung. Ob auch die Unabhängigen darauf stehen, wissen wir nicht genau. Denn in ihrem Programm haben sie diese Frage als „nicht aktuell" bezeichnet (Heiterkeit), und die ihnen verbündeten Linksradikalen erklären sie für eine „kapitalistische Verwirrungsphrase". Selbstverständlich bewilligen wir nicht unter allen Umständen Kriegskredite. Wenn wir wie Italien oder Rumänien in den Krieg gegangen wären, hätten wir sie rundweg verweigert. Der Sache nach ist der Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg. Selbst Hoch hat erklärt, daß deutsche Eroberungen unmöglich sind. Sollen denn unmögliche Ideen unsre Haltung beeinflussen? Die Tätigkeit der Deutschen Vaterlandspartei bekämpfen wir gerade deshalb mit dem größten Eifer, weil sie Zweifel an dem Verteidigungscharakter des Krieges erzeugt und darum die Niederlage herbeiführen kann. (Sehr gut!) Wir haben keine Verpflichtungen, ewig alle Kriegskredite zu bewilligen. Aber wir müssen freie Hand behalten. Eine Prinzipienverletzung ist die Kreditbewilligung nicht. (Sehr wahr!) Mehr als 6 Monate hat man gebraucht, um diesen Vorwurf überhaupt zu erheben. Welchen Grundsatz sollen wir denn aufgegeben haben? Etwa den Klassenkampf in einer Zeit, wo die Besitzenden versuchen, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern? Etwa den Gedanken der Demokratie, die heute eine Volksnotwendigkeit geworden ist, oder die Internationalität, nach der heute selbst die Regierung schreit, oder am Ende den Sozialismus? Nein, die Monopolisierung wird in vollstem Umfang kommen. Und sie ist die Forderung des Sozialismus. Unsre Grundsätze sind nicht erschüttert, sondern sogar vertieft. Haben Sie das Vertrauen zur Fraktion, daß sie die geeigneten Mittel anwenden wird, die sich ihr bieten, binden Sie sich weder durch die Resolution Hoch noch durch die Resolution Winnig die Hände, sondern einigen Sie sich alle im Interesse der Friedensarbeit und der Neuordnung auf den Antrag Löbe. (Lebh. anhaltender Beifall.)

Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Das

Schlußwort

hat

Abg. **David**: Ich werde im Schlußwort noch kürzer sein als im Referat. (Schallende Heiterkeit.) Die große Mehrheit des Parteitags billigt die Haltung der Fraktion. Unser Zusammenstoß mit der englischen Weltmacht ist ein wichtiger Zug des Krieges, aber der Konflikt mit dem zaristischen Osten hatte keine geringere Bedeutung. Wir wollen nach dem Kriege mit allen Völkern in Freundschaft leben, aber die Entwicklung in Rußland ist noch nicht so weit, daß man darauf Pläne stützen könnte. (Sehr wahr!) Seit wann ist der Krieg ein deutscher Eroberungskrieg? Die Regierung ist von Monat zu Monat unserm Friedensprogramm näher gerückt, aber Hoch hat plötzlich die Kriegskredite verweigert. Dabei hält er deutsche Eroberungen für ganz ausgeschlossen. Wie begründet er also seine schwankende Haltung? Konnte die Partei eine solche

Politik der Haltlosigkeit

treiben? Mit der alten Taktik, die überwunden werden muß, habe ich die Katastrophentheorie gemeint. Unser Weg von der Ohnmacht zur Allmacht wird langsam sein. Nur Katastrophentheoretiker konnten die Kriegskredite verweigern. Dann würde der Krieg die große Katastrophe für uns sein. Hoch hat geglaubt, wir dürfen den feindlichen Staatsmännern keinen Vorwurf machen, weil noch nichts erreicht sei. Das wird Renaudel und Lloyd George viel Freude machen, aber es ist weder wahr, noch dient es dem Frieden. Ist unser Friedensangebot nichts, unsre Friedensresolution nichts, die Antwort an den Papst nichts, die Rede Czernins und Kühlmanns alles nichts, nichts? Nein, es ist viel, und wir dürfen erst einmal von der andern Seite ein Wort der Friedensbereitschaft fordern. (Stürm. Beifall.) Hochs Rede wirkt genau so gegen den Frieden wie die Abstimmung der Unabhängigen gegen die Friedensresolution. (Sehr gut!) Und wie stimmt gar Emmels Kreditablehnung mit seinem Telegramm an Feldmarschall Hindenburg „Durchhalten bis zum ehrenvollen Frieden"? (Große Heiterkeit.)

Den Antrag zugunsten der Staatsbeamten nehmen wir gern an. Wir sind keine Partei der schwieligen Faust, sondern eine allgemeine Volkspartei. Die geistigen Arbeiter gehören in unsre Bewegung hinein. Unser jetziger Kampf gegen die Alldeutschen muß das ganze Volk erfassen. Alle, die nicht materiell am Krieg interessiert sind. Organisieren wir die Bewegung mit dem größten Eifer und Geschick, sagen wir dem Volke, daß eine neue gewaltige Bewegung im Gang ist zu den vielen, die wir seit Jahrzehnten aufgepflanzt haben. Das Tempo der Weltentwicklung ist ungleich schneller geworden als vordem, und die Sozialdemokratie marschiert voran. In dieser Entwicklung mit Volldampf voraus, und dann: mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Stürmischer, oft wiederholter, lang anhaltender Beifall.)

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird zur Abstimmung geschritten, die über die Anträge Hoch und Löbe namentlich ist. Das Ergebnis haben wir schon bekanntgegeben. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171019-13/fragment/page=0003

Was der Krieg bringt.

16000 Tonnen.

Amtlich wird gemeldet:

Auf dem Nordseekriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unsrer U-Boote wiederum 16 000 Bruttoregistertonnen versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich der französische Segler „Jacqueline" (2899 Tonnen) sowie der belgische Dampfer „Nervier" (1759 Tonnen) mit Bretterladung, ferner ein unbekannter englischer Segler mit Fischen nach England.

Außerdem wurde in der Nähe der irischen Küste der bewaffnete englische Dampfer „Petershamm" (3381 Tonnen) torpediert, der jedoch mit schwerer Schlagseite noch auf Strand gesetzt werden konnte. —

* * *

Verwaltungsfragen und Petitionen.

Das Preußische Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch zunächst die Neuwahl seines zweiten Vizepräsidenten vor. An Stelle des ausgeschiedenen Herrn v. Krause wurde der von der nationalliberalen Fraktion vorgeschlagene Abgeordnete Dr. Lohmann ohne Widerspruch zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Sodann stellte sich in einer längeren Rede der neue Minister des Innern, Herr v. Drews, dem Hause vor. Sein Auftreten hob sich in mancher Beziehung vorteilhaft von dem Auftreten der meisten seiner Vorgänger ab. Den Gegenstand seiner Rede bildete die Vorlage zur Vereinfachung der innern Verwaltung Preußens für die Zeit des Krieges. Nach längerer Debatte, in der von verschiedenen Seiten starke Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Vorlage erhoben wurden, verwies das Haus die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Bei der dann folgenden Beratung von Petitionen nahm sich Genosse Hue in sehr wirkungsvoller Weise der Interessen der Saarbergleute an. Die von ihm gestellten Anträge fanden allerdings nicht die Gegenliebe des Hauses. Selbst das Zentrum stimmte sie unter Führung seiner sogenannten Arbeiterabgeordneten Brust und Vogelsang, des Nachfolgers von Imbusch, nieder. Am Schlusse der Sitzung nahm Genosse Haenisch den Fall der skandalösen Maßregelung des Berliner Studenten Joel zum Anlaß, in energischen Worten den preußischen Polizeigeist zu geißeln und für die akademische Freiheit einzutreten. Joel war von der Universität Berlin aus ihren Listen gestrichen worden, weil er als Herausgeber einer Zeitschrift „Gewerbetreibender" sei.

Sodann vertagte sich das Haus. Es wird frühestens am 6. November wieder zusammentreten. —

* * *

Ein Soldatenschinder.

In der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 11. Oktober haben die Abgeordneten Winter, Seyer und Genossen eine Interpellation eingebracht, in der die Anfrage gerichtet wurde, ob das Urteil gegen den Hauptmann eines Gebirgsartillerieregiments, Anton Luze, aufgehoben und durch ein solches ersetzt werde, das für die entsetzlichen Taten des Hauptmanns wirklich Sühne gebe. Hauptmann Luze war vom Heeresdivisionsgericht in der ersten Oktoberwoche wegen Verbrechens der Ueberschreitung der Dienstgewalt, ferner wegen Ehrenbeleidigung unter Offizieren zur Strafe des einfachen Kerkers für die Dauer eines Jahres nebst Entlassung aus dem Offizierstand verurteilt worden. Die Anklage hatte auf die Verbrechen des Mordes in zwei Fällen, auf Verbrechen des Mordversuchs in einem Fall, auf Verbrechen der Ueberschreitung der Dienstgewalt und auf das Verbrechen des Betrugs, begangen durch Fälschung öffentlicher Urkunden, und auf das Verbrechen der Ehrenbeleidigung unter Offizieren gelautet. Hauptmann Anton Luze hat sich nun am Montag abend in seiner Wohnung aus seinem Armeerevolver eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt und ist auf der Stelle gestorben.

In der Interpellation war folgendes mitgeteilt worden: „Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß Hauptmann Luze im serbischen Feldzug dem Korporal Biolek mit dem Säbel eine bis auf den Knochen reichende Wunde am Arme schlug, weil dieser die Verbindung mit der Sanitätsstation nicht herstellen konnte, aus Gründen, die zu beseigen außerhalb seiner Macht stand. Derselbe Offizier hatte den Kanonier Manetti, der sich in einem Haus etwas gekauft hatte, in der falschen Meinung, der Soldat hätte geplündert, niederschießen wollen, und er hat, als sein erster Schuß nicht traf und der zweite versagte, den Befehl gegeben, den Mann im Lager sofort niederzumachen. Eine Viertelstunde später war der Soldat wirklich erschossen. Den Kanonier Eduard Prokopetz erschoß dieser Offizier, weil er während des Marsches leicht betrunken war, an Ort und Stelle. Dann gab er Befehl, ihn einzugraben. Da der Sterbende noch zuckte, gaben ihm der Fähnrich und ein Kanonier, die den Befehl zum Eingraben erhalten hatten, zwei Gnadenschüsse. In die Verlustliste fälschte dann Hauptmann Luze, daß die beiden Soldaten gefallen seien. Außerdem gab er Befehl, den Korporal Biolek in einen Sumpf zu werfen." —

* * *

Neue Kriegsspiele.

„Wo sich so vieles ändert, darf man sich nicht wundern, daß auch die Kinderspiele nicht die alten bleiben. Die Kinder, schreibt das Pariser Blatt „L'Oeuvre", folgen dem Zuge der Zeit. Sie halten sich stets auf dem laufenden. Vor zwei Jahren spielten sie noch Krieg. Da war der Feind der Boche (Schimpfname für die Deutschen), und die Straßenjugend stürmte begeistert einen aufgerissenen Fahrdamm, während die Großen im Kaffeehaus Elsaß und Polen zurückeroberten.

Heute hat man neue Kriegsspiele ersonnen. Der Beamte schikaniert den Steuerzahler, der Verkäufer schikaniert den Kunden, die Schaffnerin schikaniert die Fahrgäste, der Gendarm den Poilu (Soldaten), der Feldwebel den neuangetretenen Landstürmer. Das hat der Junge schnell begriffen, und nun schikaniert er den Spaziergänger. Denn mit welchem Rechte können Steuerzahler, Kunde, Fahrgast und Landstürmer verlangen, daß man sie auf dem Bürgersteig in Ruhe läßt? . . .

Der neuste Sport der Pariser Straßenjugend ist die Jagd auf Hüte. Auf Rollschuhen streicht der Räuber dicht am Bürgersteig entlang. Ein Griff, und der Hut des Spaziergängers ist in der Hand des spornstreichs Davoneilenden. Das Risiko des Rollschuhläufers, erwischt zu werden, ist sehr gering. Je nach Geschmack und Neigung kann er dann seine Beute in die Seine versenken, sich eine Sammlung von Kopfbedeckungen anlegen oder einen Huthandel treiben.

Sehr beliebt ist auch dies andre Spiel, zu dem man sich am besten alte Leute aussucht. Wenn die zittrige Greisin oder ein würdiger alter Herr sich ängstlich umsehend den Straßendamm überschreiten, so braucht man nur mit barschem Kutscherton: „Hedo Sie!" zu rufen. Instinktiv werden dann der alte Herr oder die alte Dame zur Seite springen und von einem Radler überfahren werden oder unter die Räder eines Lastfuhrwerks kommen, was ungemein lustig wirkt.

Gestern abend konnte man zusehen, wie sich ein Trupp jüngerer Knaben und Mädchen auf dem Boulevard Clichy in folgender Weise vergnügten: Sie hatten an den Fuß eines der auf die Straße hinausgerückten Kaffeehaustische einen Bindfaden gebunden, dessen andres Ende einer von ihnen auf dem Straßendamm in der Hand hielt. Im geeigneten Augenblick zogen sie die Schnur an, und wenn dann einer oder mehrere der Vorübergehenden auf der Nase lagen, kannte der Jubel keine Grenzen. Die Kehrlen, denen die Straßenreinigung obliegt, bildeten das verständnisvolle Publikum. Es ist auch zu komisch, wenn die Pariser und Pariserinnen nacheinander auf der Straße Purzelbäume schlagen.

Andre Zeiten, andre Spiele!" —

* * *

Notizen.

Der Wahlrechtsreformentwurf fertiggestellt. Eine halboffiziöse Nachrichtenstelle teilt mit: Die beiden Gesetzentwürfe über die Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus und über die Zusammensetzung des Herrenhauses sind inzwischen von den beteiligten Ressorts fertiggestellt, so daß ihre Vorlage nunmehr im Staatsministerium erfolgen wird. —

*

Der Landtagsabgeordnete Traub hat einen Aufruf an seine Wähler gerichtet, in dem er die Gründe für seinen Austritt aus der fortschrittlichen Fraktion des Abgeordnetenhauses darlegt. Er „könne aus rein vaterländischen Gründen sein Wirken für die Vaterlandspartei und den Unabhängigen Ausschuß nicht aufgeben". Obwohl ihm mit 44 gegen 11 Stimmen das Mißtrauen seiner fortschrittlichen Wähler auf Beschluß des Vorstandes des Berliner Wahlvereins ausgesprochen worden sei, behalte er sein Mandat, da er es nach Unterstützung durch die nationalliberale Partei erkämpft habe. Die überwiegende Mehrheit seiner Wähler wird, so bemerkt das „Berliner Tageblatt" hierzu, mit diesem sehr merkwürdigen Verhalten Herrn Traubs nicht einverstanden sein. —

*

Das deutsch-holländische Kohlenabkommen. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, daß die vorläufige Vereinbarung zwischen den Beauftragten der holländischen und deutschen Regierung über die Lieferung von Kohlen und andrerseitens Deutschland von der deutschen Regierung bestätigt worden ist. Die holländische Regierung hat nunmehr, wie amtlich mitgeteilt wird, den Vertrag unterzeichnet. —

*

Die Gewerkvereine gegen die Vaterlandspartei. Der Zentralrat der deutschen Gewerkvereine (H.-D.) hat sich in folgender Resolution gegen die Deutsche Vaterlandspartei gewandt: „Der Zentralrat sieht in dem Auftreten dieser neuen Partei, auch wenn sie angeblich nur für die Kriegszeit ins Leben gerufen wurde, einen neuen Anlaß zur Verschärfung der innerpolitischen Kämpfe. Der Zentralrat richtet an alle Ortsvereine und Ortsverbände der deutschen Gewerkschaften die dringende Aufforderung, alle Versuche der Vaterlandspartei kraftvoll zurückzuweisen, die darauf gerichtet sind, die einzelnen Glieder der Organisation vor ihren Wagen zu spannen und sie für ihre die Einigkeit zerstörenden Zwecke zu mißbrauchen." —

*

— **Eine wichtige Bundesratsverordnung.** Wenn eine bei der Herstellung von Kriegsbedarf beschäftigte Person eine Gesundheitsbeschädigung durch Vergiftung von nitrierten Kohlenwasserstoff (z. B. Dinitrobenzol, Trinitrotoluol, Trinitroanisol) erleidet und an den Folgen dieser Vergiftung verstirbt, so soll den Angehörigen Sterbegeld und Hinterbliebenenversorgung auch dann gewährt werden, wenn der Tod nicht als eine Folge des Unfalls anzusehen, sondern durch eine allmähliche Einwirkung des giftigen Stoffes hervorgerufen ist. Damit ist eine von den Arbeiterorganisationen, insbesondere von den Arbeitersekretariaten, schon geforderte Anerkennung der Entschädigungspflicht ausgesprochen, wenn Vergiftungen durch längere Einwirkung den Tod herbeigeführt haben. Allerdings nur für diese durch nitrierten Kohlenwasserstoff herbeigeführten Fälle. Bisher war eine Entschädigung mit Aussicht auf Erfolg nur dann zu erreichen, wenn nachgewiesen war, daß der Tod eine Folge einer zeitlich und örtlich eingetretenen Vergiftung (plötzliches Ereignis) war. Allmähliche Vergiftungen wurden als Gewerbekrankheiten betrachtet und nicht entschädigt, da das Merkmal des Unfalls, das plötzliche Ereignis, fehlte. Hoffentlich bedeutet diese Verordnung ein Einbruch in die bisher geübte Rechtspraxis, damit auch die Entschädigung der vielen andern Hinterbliebenen erfolgen kann, deren Ernährer durch Berufs- und Gewerbekrankheiten der Arbeit zum Opfer fallen. Die Verordnung soll rückwirkende Kraft für alle die Fälle haben, die seit dem 1. August 1914 rechtskräftig abgelehnt worden sind. —

*

Neutrale Auffassung über Elsaß-Lothringen. „Socialdemokraten" in Stockholm publiziert ein Interview mit Troelstra, welcher sagte, daß das einstimmig beschlossene Manifest des Internationalen holländisch-skandinavischen Komitees der deutschen Partei zeigen werde, daß die Regierung in der Frage Elsaß-Lothringens zu verhandeln, im Gegensatz zu dem Gedanken eines Verständigungsfriedens stehend angesehen werde. Die Mehrheit der deutschen Partei habe die Bedeutung der Frage bisher nicht erkannt; er hoffe, daß sie ihren Standpunkt revidiere. Troelstra glaubt, daß die Vorschläge des Komitees keine kriegführende Partei befriedigen werden; aber eben darin sieht das Komitee den Beweis seiner Objektivität. Der Komiteevorschlag werde den Parteien Gelegenheit bieten, bis zum Zusammentreten der Konferenz praktische Friedensarbeit zu leisten, was allerdings von den Ententeministern abhänge. —

* * *

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".)

Der vierte Verhandlungstag begann mit einem Referat Scheidemanns über die neuen Aufgaben der Partei. Die Zeit der Verantwortungslosigkeit und der leichten Erfolge ist vorbei. Ungeheure Wandlungen sind vor sich gegangen. Wer nicht freiwillig mitgeht, der kommt unter die Räder; das werden die Konservativen nach Kriegsschluß noch erfahren. Wir sind praktischer und beweglicher geworden, weil unsre Macht gewachsen ist.

Die Arbeiterklasse konnte sich aus tausend Gründen nicht gegen den Staat erklären, und sie hat es auch nirgends getan. Anderseits konnten und wollten die Arbeiter keineswegs bloßes imperialistisches Kanonenfutter sein, keine Mietsoldaten der herrschenden Klasse, sondern sie hatten ihre besondern Ziele und werden nach dem Kriege ihre Rechte erringen.

Die sozialdemokratische Partei hat die unmittelbare Anwartschaft auf die Machtmittel im Staate gewonnen. Nach dem Kriege wird Deutschland ein parlamentarisch-demokratisches Staatswesen sein. Die Mehrheit wird die Verantwortung übernehmen müssen.

Bei der nächsten Reichstagswahl wird es um die politische Macht, um den entscheidenden Einfluß im Staate gehen. (Sehr wahr!)

Wir müssen jeden Tag bereit sein, unsre sozialistischen Grundsätze in die Wirklichkeit zu übertragen. Es wird uns unendlich schwer werden, denn wir sind arm und der Mittel entblößt. Der Sozialismus ist unendlich groß, aber keine Macht der Ideen kann die Menschheit mit einem Schlag aus der Hölle, die sie sich selbst bereitet hat, befreien und ins Paradies führen. Nur langsam werden die Wunden sich heilen lassen, die der Krieg geschlagen hat. Es wird schwere Rückschläge geben, aber wir dürfen nicht erlahmen in der Verfolgung unsrer Ziele.

In der Debatte über den Punkt Demokratisierung sprechen u. a. Peus, Blos, Gradnauer, Bromme (Lübeck), Donath (Bremen).

Die Debatte über Finanzfragen wird auf Freitag vertagt. —

* * *

Die Beute von Oesel.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 18. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Mitte der flandrischen Front war auch gestern der Feuerkampf stark, besonders in den Abend- und heutigen Morgenstunden war das Feuer am Houthoulster Wald und südlich von Paschendaele gesteigert.

Bei Dragiabank mehrmals vorstoßende starke Erkundungsabteilungen wurden zurückgeworfen.

Zwischen dem Kanal von La Bassée und der Scarpe sowie südlich von St.-Quentin nahm bei Vorfeldgefechten auch die Feuertätigkeit zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons hat sich die seit Tagen lebhafte Kampftätigkeit zur Artillerieschlacht entwickelt, die seit gestern früh vom Allettegrund bis Braye mit nur kurzen Pausen andauert.

Auch die Batterien der Nachbarabschnitte beteiligten sich am Feuerkampf.

Von der Aisne bis auf das Ostufer der Maas nahm in vielen Teilen der Front das Feuer gleichfalls erheblich zu.

An der Nordostfront von Verdun stießen zu kühnem Handstreich gestern morgen badische Sturmtruppen bei Höhe 344 östlich von Samogneux in die französischen Gräben vor, zerstörten fünf große Unterstände und führten die Besatzung, soweit sie nicht im Nahkampf fiel, gefangen zurück.

Abends machte der Feind zwei Gegenangriffe gegen die genommenen Grabenstücke; beide Male wurde er zurückgewiesen.

*

Im ganzen wurden gestern dreizehn Flugzeuge zum Absturz gebracht.

In Erwiderung eines Fliegerangriffs auf Frankfurt a. M. wurde gestern erneut Nancy mit Bomben angegriffen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Sichtung der auf Oesel gemachten Beute hatte bisher folgendes Ergebnis:

10000 Gefangene von zwei russischen Divisionen. Nach Moon sind nur wenige hundert Mann entkommen; 50 Geschütze, dabei einige unversehrte schwere Küsten- und einige Feldbatterien, zahlreiche Waffen und sonstiges Kriegsgerät.

Teile unsrer Seestreitkräfte drangen durch die Minenfelder des Rigaischen Meerbusens bis zum Südausgang des Großen Moon-Sundes vor, wohin sich etwa 20 russische Kriegsschiffe nach kurzem Gefecht zurückzogen.

Die russischen Batterien bei Woi auf Moon und bei Werder an der estländischen Küste wurden zum Schweigen gebracht.

Andre unsrer Flottenreinheiten liegen im Ostteil der Kassar Wiek und sperren die Durchfahrt nach Westen.

Zwischen Düna und Donau außer einigen vergeblichen Vorstößen russischer Aufklärer keine größern Kampfhandlungen.

Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171019-13/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 121. Halle, Freitag den 19. Oktober 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 19. Oktober 1917.

Volksernährung und Kohlenversorgung.

Die Vorstandssitzung des Deutschen Städtetags im Berliner Rathaus, die am Mittwoch stattfand, war in der Hauptsache den Fragen der Kohlenversorgung, der Sicherstellung der Volksernährung und der Beschaffung von Futter für die städtischen Pferde gewidmet.

Hinsichtlich der Kohlenversorgung sollen die zuständigen Stellen nochmals mit allem Nachdruck auf die außerordentlich schwierigen Verhältnisse hingewiesen werden. Was die Ermäßigung der Kohlensteuer für die Minderbemittelten anbetrifft, so wurde der im Reichstag eingebrachte Antrag Liesching und Genossen mit Zustimmung begrüßt, da er völlig der bisherigen Auffassung des Deutschen Städtetags entspricht, daß, um die beabsichtigten Vorteile den Minderbemittelten zuzuwenden, der Weg des § 6 Absatz 2 des Kohlensteuergesetzes nicht gangbar ist, sondern unmittelbare Erstattungen an die Inhaber von Kleinwohnungen erfolgen müssen.

Für die Milchbeschaffung wurde die Notwendigkeit zielsichersten Fortschreitens im Ausbau der Sammelstellen auf dem Lande betont. Auch die Kartoffelversorgung war Gegenstand eingehender Erörterung, wobei hinsichtlich der Ernährung der städtischen Pferde die Herstellung von Kartoffelschnitzeln in den Vordergrund gestellt wurde. Außerdem soll an Hand umfangreichen Stoffes geltend gemacht werden, daß die Unterverteilung von Lebensmitteln an die Verbraucher nur dann in Ordnung vor sich gehen kann, wenn die Maßregeln den Städten nicht von andern Stellen durchkreuzt werden.

Der obenerwähnte von Mitgliedern aller Parteien unterstützte Antrag Liesching verlangt die Bereitstellung von 30 Millionen Mark jährlich aus Mitteln des Reiches, welche den Gemeinden und Kommunalverbänden zur Verfügung gestellt werden sollen, um während der Dauer des Krieges und des dem Friedensschluß folgenden Jahres die minderbemittelte Bevölkerung mit Hausbrandkohle versorgen zu können. Das soll in der Weise geschehen, daß den Minderbemittelten ein Geldzuschuß zu der Beschaffung der Kohlen gewährt wird.

Diese Lösung ist zweifellos der im Kohlensteuergesetz vorgesehenen Bestimmung vorzuziehen, die den Gemeinden außerordentlich umfangreiche Arbeiten auferlegt. Es ist auch bedauerlich, daß der Reichstag erst wieder im Dezember zusammentritt, so daß an eine schleunige Regelung der Sache nicht zu denken ist, so notwendig es wäre. —

Gibt es kein Halten mehr?

Die Preise für die Waren des täglichen Bedarfs haben heute eine Höhe erreicht, die Schwindel erregt. Ganz allmählich sind sie auf das Doppelte, das Dreifache, das Vierfache, ja Tausendfache angewachsen. Und noch immer steigt die Welle. Es scheint kein Halten zu geben. Erschreckend hoch ist der Kartoffelpreis hinaufgeschraubt worden. Wir haben schon wiederholt darüber geschrieben. Da der Handel mit Saatkartoffeln zugelassen ist, kann man gespannt sein, wie die Entwicklung sich weiterhin gestalten wird. Ohne Prophetengabe kann man jetzt schon vorhersagen, daß zum Frühjahr hin, der Preis eine weitere Aufwärtsbewegung machen wird. Ja es taucht die bange Frage auf, ob dann überhaupt noch Kartoffeln zu haben sind, trotz der guten Ernte.

Wie der Kartoffelpreis, so für Brot, Butter, Milch. Die Fleischpreise werden bald nachfolgen. Die Eier haben erst eben einen gehörigen Ruck nach oben getan. Schlimmer als mit diesen rationierten Waren steht es mit Obst und Gemüse. Immer höher sind diese Preise geklettert. Trotz der enormen Höchstpreise herrscht das größte Chaos. An die Sortierung kehrt sich kein Mensch. Für den festgesetzten Preis der ersten Sorte erhält der Verbraucher das unmöglichste Gemisch angeboten. Noch toller ist es auf dem Gemüsemarkt. Die Preise balancieren auf schwindelnden Firsten. Will der Verbraucher etwas haben, so ist er gezwungen, jeden Preis zu bezahlen, der ihm abverlangt wird.

Die schwindelhafteste Entwicklung jedoch finden wir bei den sonstigen Waren. Man sehe sich das Volligieren im Bekleidungsgewerbe einmal an. Von Woche zu Woche, von Monat zu Monat wird ein höherer Preisstand erklettert. Ebenso steht es mit den Haus- und Küchengeräten, von allen andern Geschäftszweigen ganz zu schweigen. Die Quelle dieser „Hochsonjunktur" ist bei den Erzeugern und Fabrikanten zu suchen. Während diese anscheinend geradezu souverän schalten und walten, ist den Kleinhändlern oft nur ein Verdienst von 10 Prozent eingeräumt. Natürlich kann bei den heutigen Verhältnissen kein Mensch davon sein Leben fristen und die Folge ist, daß sie sich schadlos zu halten suchen, wo es eben geht. Die Lastiere dieser Wucherwirtschaft sind natürlich die Verbraucher, während sie nicht ein noch aus wissen. Gibt es denn kein Halten mehr? —

---

* **Von der Universität.** Professor Dr. Wohltmann vollendet dieser Tage sein 60. Lebensjahr. Er war von 1875 bis 1880 als praktischer Landwirt tätig, wurde 1892 a. o. Professor in Breslau, folgte 1894 einem Rufe an die Landwirtschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf, kam 1905 als Ordinarius nach Halle und wurde Amtsnachfolger von Julius Kühn in der Leitung des Landwirtschaftlichen Instituts. Die kolonialen Bestrebungen Deutschlands hat Prof. Wohltmann durch Reisen, Vorträge, Schriften und Gründung von Kolonialgesellschaften hervorragend gefördert. —

* **Die Armendirektion** hat beschlossen, die Pflegegeldsätze für nicht bei Verwandten befindliche städtische Pflegekinder bis zum 14. Lebensjahr und darüber auf monatlich 20 Mark vom 1. Oktober an zu erhöhen. Die Erziehungsbeihilfen betragen wie bisher bis zu 12 Mark monatlich. —

* **Städtische Beihilfen zur Beschaffung von Kohlen.** Die städtische Kriegsunterstützungskommission hat beschlossen, den Haushaltungsvorständen (Kriegerfrauen, Kriegerelternu. dergl.) für die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis 31. März 1918 zur Beschaffung von Kohlen monatlich 4 Mark zu bewilligen. Etwa hierzu schon bewilligte einmalige Unterstützungen sind hierauf anzurechnen. Die Beihilfen sollen halbmonatlich mit 2 Mark zur Auszahlung gelangen. Kriegerfrauen, die einen eignen selbständigen Haushalt nicht führen, z. B. im Falle der Kriegstrauung, dürfen Beihilfen dieser Art nicht bewilligt werden. —

— **Die Kleidung wird noch mehr gestreckt!** Infolge der Web-, Wirk- und Strickwarenknappheit glaubt die Reichsbekleidungsstelle noch größere Sparsamkeit erzwingen zu müssen. Sie veröffentlicht im „Reichsanzeiger" eine sofort in Kraft tretende Bekanntmachung der Liste bezugsscheinfreier Gegenstände. Die Bezugsscheinpflicht wird ausgedehnt u. a. auf baumwollene Strümpfe jeder Art, Matratzen, fertiggefüllte Inlette, fertige Säuglingsbekleidung, Kragen, Manschetten, Vorhemden, Einsätze und so weiter. Dafür werden einige Gegenstände jetzt bezugsscheinfrei. Flickmaterial und geringwertige Gegenstände bleiben künftig bis zum Kleinhandelspreis von 2 Mark (statt bisher 1 Mark) bezugsscheinfrei. Geändert wird auch manches an der Bezugsschein-Ausfertigung. Die Scheine gelten fortan 2 Monate (statt bisher 1 Monat). In die Liste für den Bestandes, über den hinaus keine Kleidung bewilligt werden soll, sind u. a. auch Säuglingsbekleidung und Säuglingswäsche aufgenommen worden. Bewilligt wird künftig neben einem Sommermantel noch ein Wintermantel, aber nur ausnahmsweise neben einem Wintermantel noch ein Sommermantel. Bei Bezugsscheinbewilligung gegen Hingabe getragener Sachen kann auch Jünglingskleidung, Unterkleidung, Bett-, Haus- und Tischwäsche oder Stoffe hingegeben werden. Eingeschränkt sind die Höchstmaße der Stoffe bei Frauen- und Mädchenkleidung. —

* **Doppelte Fahrkarten.** Bereits seit Donnerstag werden auf den staatlichen Eisenbahnen mit den Schnellzugsarten auch die schon vor einigen Tagen angekündigten Ergänzungskarten ausgegeben, die teils in grüner, teils in grauer Farbe gehalten sind. Als Schnellzugfahrkarten gelten Fahrkarten für alle Züge, außer Personenzügen, weiterhin Fahrkarten für Eil- und Personenzüge mit den dazugehörigen Schnellzugzuschlagkarten sowie Vereinsfahrscheinhefte und Unternehmerfahrscheine. Von der Maßnahme werden, was besonders hervorgehoben werden muß, nicht allein die Schnellzüge und die D-Züge, sondern auch alle Eilzüge betroffen. Bei Benutzung der Schnellzüge, der D-Züge und der Eilzüge sind die Ergänzungskarten gleichzeitig mit den Schnellzugfahrkarten oder den Fahrkarten für Eil- und Personenzüge mit den dazugehörigen Schnellzugzuschlagkarten am Schalter zu lösen und sämtliche Karten an der Sperre vorzuzeigen. Die Reisenden der Schnellzüge, der D-Züge und der Eilzüge, die keine Ergänzungskarten an der Sperre vorzeigen können, müssen zurückgewiesen und von der Fahrt ausgeschlossen werden. An den Schaltern und an der Sperre werden in die Augen fallende Plakate angebracht, bei ersteren mit der Aufschrift „Zu Schnell- und Eilzügen Ergänzungskarten lösen", an letzteren „Zu Schnell- und Eilzügen Ergänzungskarten vorzeigen". —

* **Die Bezugsscheine für Winterkartoffeln aus dem Kreise Bitterfeld** werden Sonnabend vormittag von 8 bis 1 Uhr in den Markenausgabestellen abgegeben. Ausgenommen Hachbornstraße 4a, Liebenauer Straße 4, Am Güterbahnhof 3, Spitze 20, Thomasiusstraße 38/39, Friedrichstraße 23. —

— **Einheitsschuhe für die Zivilbevölkerung.** Es sollen in Zukunft, um den Lederverbrauch auf ein Mindestmaß einzuschränken, zwei Arten von Einheitsschuhen hergestellt werden, deren einfachste Form eine Vollholzsohle erhält, an der ein Schaft aus Tuch oder andern Stoffen befestigt wird. Die zweite Art erhält eine Holzhalbsohle und eine Untersohle aus geeigneten Ersatzstoffen; am Zusammenstoß des Schaftes mit der Sohle werden schmale Lederstreifen zum Schutze angebracht. Für diese beiden Arten der Kriegsschuhe werden durch eine Sachverständigen-Kommission Einheitspreise festgesetzt. Ferner wird in Zukunft zur Ersparung von Material Damenschuhwerk nur noch ein Drittel als Schnürstiefel hergestellt, während zwei Drittel auf Schnürhalbschuhe entfallen werden. Für die Schäfte der Schnürstiefel ist eine Höchtgrenze vorgeschrieben, und zwar darf der Schaft vom obern Schaftende bis zum Absatz, an der Seite gemessen, höchstens 16,5 Zentimeter betragen. An dem Damenschuhwerk ist die Höhe des Absatzes mit 5,5 Zentimetern als Höchtmaß beschränkt worden; aber diese Höhe ist nur zulässig, soweit den Fabriken Leistenmaterial für niedrigere Absätze nicht zur Verfügung steht. Wo solches vorhanden ist, dürfen nur noch Absätze von 2 bis 4,5 Zentimetern Höhe angefertigt werden. Die Herstellung von Hausschuhen wird eingeschränkt werden, um das verfügbare Material in erster Linie für das Straßenschuhwerk bereitzustellen. —

* **Der Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft** unterhält im Hause Belfortstraße 3 ein Säuglingsheim für etwa 50 Säuglinge. Dabei hatte sich der Uebelstand ergeben, daß vielfach die im Säuglingsheim verpflegten Kinder zu früh zur Entlassung kommen mußten. Sie konnten im allgemeinen nur bis zum 2. Lebensjahr im Heim bleiben. Dadurch wurden viele Verrichtungen des Säuglingsheims illusorisch, weil es nun oft vorkam, daß nach der Entlassung die kleinen Kinder in ungünstige Verhältnisse kamen und zugrunde gingen. Aus diesem Grunde hat der Bund auf demselben Grundstück ein Kinderheim eingerichtet, in dem solche Kinder, die noch nicht kräftig genug sind, um den Kampf ums Dasein aufzunehmen, untergebracht werden. Dort sollen die Kinder so lange bleiben, bis sie widerstandsfähig genug sind. In dem neuen Hause können 20 Kinder Aufnahme finden. Die Einrichtung des Kinderheims einschließlich der Waschcinrichtung hat über 20 000 Mark erfordert. Es ist dem Bund unmöglich gewesen, diese ganze Summe aufzubringen; zurzeit fehlt noch die Deckung für etwa 10 000 Mark. Der Bund hat das Säuglingsheim zu unterhalten, ferner drei Kinderkorte, und endlich bringt die Ackerverpachtung mit der Saatgutvermittlung große Unkosten. Der Magistrat hatte deshalb beantragt, dem Bunde zur teilweisen Abbürdung seiner Restschuld aus den Ueberschüssen der Sparkasse 3000 Mark zu bewilligen. Die Stadtverordneten erhöhten das aber in ihrer letzten Sitzung auf 5000 Mark. —

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(31. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Mit Unterstützung hilfreicher Arme nahm Hinnerk den Jungen auf seine Knie und begann, trotz seines heftigen Sträubens, ihn für seinen Schlummer zurechtzumachen. Auf den energischen Wunsch des Koches entfernte er zunächst die Stiefel des Opfers und, wie Schorie sagte, war es erstaunlich, was für einen Unterschied das machte. Nachdem er dann das Gesicht des Jungen mit Seife und einem Flanellappen gewaschen hatte, trug er ihn in seine Koje, wobei er respektvoll den Steuermann angrinste, dessen Gesicht sich oben in der Luke zeigte, und dem die Szene große Freude zu bereiten schien.

„Schläft der Junge?" fragte er, um die Sache noch schlimmer zu machen, als er sah, wie Fiedjes Arme und Beine aus der Koje hervorschossen, um seine Peiniger zu treffen.

„Er schläft wie 'n kleiner Engel, Stürmann!" erwiderte Hinnerk respektvoll. „Möchten Sie nich 'runterkommen und sehn, daß allens seine Ordnung hat?"

„Guter kleiner Jung'!" sagte der grinsende Steuermann.

Er entfernte sich, und Fiedje, gute Miene zum bösen Spiele machend, schloß seine Augen und lehnte es ab, auf die Späße der Leute zu antworten. Solange er an Bord des Schoners war, war er vor jeder Art Strafe auf strikten Befehl des Kapitäns geschützt gewesen — ein Zustand, den er nach Kräften ausgenutzt hatte. Nun aber war seine Macht gebrochen, und er lag da und knirschte mit den Zähnen bei dem Gedanken an die Beschimpfung, der er ausgesetzt worden war.

11. Kapitel.

Fiedje kam zu dem Entschluß, seine Entdeckung für sich zu behalten. Das war ein kostspieliger Luxus, aber er beschloß, ihn sich zu leisten, und vielleicht nach Monaten oder nach Jahren erst sollte der Kapitän erfahren, was er durch sein brutales Wesen verloren hatte. Dieser Gedanke tröstete ihn etwas, und er sank in Schlaf.

Sein Entschluß, der noch fest war, als er sich erhob, begann im Laufe des Morgens etwas zu wanken. Der Kapitän, der nicht mehr an die Sache gedacht hatte, seitdem er dem Koch seine hastigen Instruktionen gegeben hatte, war in gemütlicher, freundlicher Stimmung und, wie Fiedje sich wohl fünfzignal im Laufe des Vormittags sagte, waren hundert Mark immer doch hundert Mark. Um zehn Uhr herum konnte er nicht länger an sich halten und näherte sich, im Vollgefühl der Gunst, die er zu erweisen im Begriff war, dem ahnungslosen Kapitän.

Ehe er aber noch reden konnte, erhob sich ein gewaltiger Lärm auf dem Kai, und als er aufblickte, sah er den Koch, der zum Gemüseeinkauf an Land gegangen war, in vollem Trabe auf das Schiff zu laufen. Er schien sich in großer Aufregung zu befinden, rempelte die Passanten an und ließ seine Kohlköpfe fallen, ohne darauf zu achten.

„Was zum Henker is mit dem Koch los?" fragte der Kapitän, und auch die Mannschaft hielt mit der Arbeit inne, um die näher kommende Gestalt anzustarren. „Was is los?" fragte er scharf, als der Koch, nachdem er mit einem gewaltigen Sprung an Bord gekommen war, auf ihn losstürzte und ihm etwas ins Ohr tuschelte.

„Was?" wiederholte er.

Der Koch, die Hand auf seiner gequälten Brust, schnappte nach Luft.

„Käp—pen Häfeler!" keuchte er schließlich mit Anstrengung, wieder zu Atem kommend. „Um — die — Ecke."

Fast ebenso aufgeregt, wie der Koch, sprang der Kapitän an Land und lief mit ihm den Kai entlang, wobei verschiedene ehrsame Bürger den Koch festzuhalten versuchten, um zu erfahren, was das zu bedeuten habe.

„Ich bin bange, Sie haben sich versehen," sagte der Kapitän, als sie schnellen Laufes die kleine Straße erreicht hatten. „Rennen Sie nich mehr — wir werden noch 'nen Anlauf haben."

„Wenn er's nich selbst war, denn is es sein Zwillingsbruder," entgegnete der Koch. „Ah, da is er! Das is der Mann!"

Er wies auf Fiedjes Bekannten vom Tage zuvor, der mit den Händen in der Tasche, verdrossen an der andern Seite der Straße entlang schritt.

„Gehen Sie zurück," sagte der Kapitän schnell.

„Das beste is, Sie laufen 'n bißchen, damit diese glotzenden Schafsköppe hinterher rennen."

Der Koch tat, wie ihm gesagt, und da es den Neugierigen schien, daß er der Unvernünftigere von den beiden sei, und daher wohl eher zu Malheur kommen werde, so machten sie sich sofort an seine Verfolgung. Der Kapitän kreuzte die Straße und begann langsam seinen Mann zu überholen.

Er betrachtete ihn im Vorbeigehen. Die Aehnlichkeit war unverkennbar, und einige Sekunden lang setzte er seinen Weg fort, ohne recht zu wissen, wie er die Sache anfassen solle. Dann blieb er stehen und wartete, sich umwendend, bis der Alte an ihn herangekommen war.

„Guten Morgen," sagte er freundlich.

„Morgen," entgegnete der Alte, halb und halb stehenbleibend.

„Ich bin in großer Verlegenheit," lachte der Kapitän. „Ich soll da einen Mann hier am Platze 'ne Bestellung machen und kann ihn nich finden. Vielleicht können Sie mir da helfen."

„Wie heißt er denn?" fragte der andre.

„Käppen Häfeler," sagte Bröhan.

Der Alte erschrak, und tödliche Blässe überzog sein Gesicht.

„Ich hab nie von ihm gehört," murmelte er undeutlich und versuchte weiterzugehen.

„Kein Mensch scheint was von ihm gehört zu haben," sagte der Kapitän, ihm folgend, „das is das Dumme dabei."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171019-13/fragment/page=0005

* **Bund zur Erhaltung und Vermehrung der deutschen Volkskraft.** Der Acker an der äußeren Delitzscher Straße ist vollständig eingeteilt. Die Kleinpächter werden ersucht, sich Sonnabend nachmittag um 3 Uhr zur Ueberweisung einzufinden. —

** **Wildhöchstpreise.** Nach einer ministeriellen Bekanntmachung dürfen bei Abgabe von Wildfleisch an Verbraucher durch die Empfangsstellen oder durch Kleinhändler folgende Preise nicht überschritten werden: Bei Rehwild a) für Rücken und Keulen (Ziemer und Schlegel) für 0,5 Kilogramm 2,90 Mark. b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kilogramm 1,95 Mark, c) für Ragout- oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm 1 Mark; bei Rot- und Damwild a) für Rücken und Keulen (Ziemer und Schlegel) für 0,5 Kilogramm 2,50 Mark, b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kilogramm 1,75 Mark, c) für Ragout- oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm 0,90 Mark; bei Wildschweinen, bei Tieren bis zu 35 Kilogramm einschließlich. a) für Rücken und Keulen (Ziemer und Schlegel) für 0,5 Kilogramm 2,90 Mark, b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kilogramm 2,10 Mark, c) für Ragout- oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm 1,10 Mark, bei Tieren über 35 Kilogramm, a) für Rücken und Keulen (Ziemer und Schlegel) für 0,5 Kilogramm 2,40 Mark, b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kilogramm 1,75 Mark, c) für Ragout- oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm 1,10 Mark; bei Hasen a) mit Balg, das Stück 6,80 Mark, b) ohne Balg, das Stück 6,55 Mark; bei wilden Kaninchen a) mit Balg, das Stück 2,15 Mark, b) ohne Balg, das Stück 2,10 Mark; bei Fasanen a) Hähne, das Stück 6 Mark, b) Hennen, das Stück 4,75 Mark.

— **Die Musik in der Gastwirtschaft als ruhestörender Lärm.** Der Gastwirt Kuhnt in Berlin ließ in seinem Lokal des Abends bis zum Eintritt der Polizeistunde Konzerte abhalten. Maximal waren die Fenster geöffnet. In der Nähe wohnende Personen beschwerten sich lebhaft darüber. Sie erklärten, sie seien wiederholt schwer gestört worden. Die Musikanten, darunter ein Trompeter und Pauker, hätten solchen Lärm gemacht, daß man erschreckt aus dem Schlaf auffahre. Einzelne Bewohner drohten dem Hauswirt, zu ziehen, wenn er keine Abhilfe schaffe. Schließlich wurde der Gastwirt Kuhnt angeklagt und von Landgericht als der Berufungsinstanz auf Grund des § 360 Ziffer 11 des Strafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er unangebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt habe durch die Abhaltung der Konzerte. Das Publikum in seiner Allgemeinheit sei in einer Weise gestört worden, die den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung gefährdet habe. Der Angeklagte legte Revision ein und machte in der Hauptsache geltend, daß eine ungebührliche Erregung ruhestörenden Lärms im Sinne des § 360 unmöglich darin gesehen werden könne, wenn ein Gastwirt im Rahmen seines Gewerbes das ihm zustehende Recht der Konzertveranstaltung ausübe. Uebrigens sei die Polizeistunde schon um 10 Uhr eingetreten und so lange habe auch nur das Konzert gedauert. Es habe sich also nicht etwa um nachtschlafende Zeit gehandelt, zumal es zur Sommerszeit gewesen sei. Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Es herrsche ja in der Judikatur Streit darüber, ob ruhestörender Lärm im Sinne des § 360 Ziffer 11 durch gewerbliche Veranstaltungen, wie die hier in Rede stehende, verübt werden könne. Das Kammergericht sei der Meinung, daß dies sehr wohl möglich sei. Vorliegend sei die Strafsatz ohne Rechtsirrtum festgestellt. —

— **Milchpulver.** Das Reich zählte vor dem Kriege 25 Betriebe, und die Fabrikationsmethoden des Milchpulvers sind mit Ausnahme des Hatmakerschen Verfahrens, soweit sie Bedeutung und Anerkennung gefunden, alle deutschen Ursprungs. Die Regierung hat alle Milchpulver für Heer und Marine reserviert. Höchstens daß einzelne Städte gelegentlich kleinere Posten zur Verteilung bekamen. Vom Ausland kam wenig herein und das wenige war mindwertig. Als nun bei uns die Milchknappheit immer offensichtlicher wurde, begann man sapplos den eignen Milchpulverbetrieben einfach die Milch teilweise zu sperren. Was Wunder, wenn nun eine sehr große unbefriedigte Nachfrage entstand. Da endlich griff die Reichsbehörde ein. Am 14. November 1916 kaufte sie ein Verfahren Krause auf und beschloß, im Reiche 26 Milchpulverfabriken zu errichten. Bis heute hat sie aber eingestandenermaßen erst zwei solche Betriebe gegründet, jedoch noch nicht im Gang, und über deren Leistungsfähigkeit ist auch noch nichts bekannt. Die Regierung hat also die heimische Industrie lahmgelegt und an ihre Stelle — nichts gestellt. Die wenigen milchreichen Monate sind versäumt, so daß heute auch die bescheidensten Reserven nicht vorhanden sind. Auf all dies hat man die Behörden rechtzeitig aufmerksam gemacht, doch leider, zum Nachteil der Verbraucher, ohne Erfolg. —

— **Rahrhafter Sirup.** Die chemische Industrie hat auf dem Gebiet der Volksernährung einen Fortschritt zu verzeichnen, über den Prof. Jalowetz in der „Chemiker-Zeitung" berichtet. Es gelang nämlich, einen eiweißreichen Sirup herzustellen, indem man konzentrierte Zuckerlösungen mit gut gewachsener Brauereihefe vermengte, das Gemenge dann 4 Stunden lang auf 53—54 Grad erhitzte und das Ganze schließlich zu einem dicken Sirup eindampfte! Der Geschmack dieses Eiweiß-Sirups ist sehr angenehm und den des Malzextraktes ähnlich. Der Eiweißgehalt beträgt 2,4 Prozent, läßt sich aber voraussichtlich noch bedeutend steigern, ohne dem feinen Geschmack Abbruch zu tun. — Der Braunschweigische „Volksfreund" bemerkt dazu: Falls dieser Sirup und das in den letzten Tagen von der Stadt Braunschweig verteilte Speisemalz ein und dasselbe Produkt sind, so könnten wir aus eigner Erfahrung bestätigen, daß es sich um eine wirkliche Bereicherung der Volksernährung handelt. Das Speisemalz ist jedenfalls ein außerordentlich schmackhaftes und auch bekömmliches Auffrischmittel. Sollte es nun gar noch einen ansehnlichen Eiweißgehalt aufweisen, so würde das seine Bedeutung als Nährmittel noch ganz wesentlich steigern. —

---

* **Kriegsanleihezeichnungen des Saalkreises.** Bei der Sparkasse des Saalkreises wurden auf die 7. Kriegsanleihe bis zum 16. Oktober 4 535 000 Mark in 8837 Posten gezeichnet (einschließlich 3 000 000 Mark eigner Zeichnung). —

Könnern. Niedergebrannt. Am Dienstag mittag wurden die Feuerwehren der hiesigen Gegend nach Dobis gerufen. Dort war Feuer im Schafstall des großen Hesseschen Gutes ausgebrochen. Die Wehren hatten mehrere Stunden anstrengende Arbeit, konnten aber die Wirtschaftsgebäude nicht retten, mußten vielmehr das schon brennende Wohnhaus und die angrenzenden Scheunen in Schutz nehmen. Dem vernichtenden Element sind viele Fuder unausgedroschener Hafer, Stroh- und Futtervorräte, auch zwei Schweine zum Opfer gefallen; das Großvieh konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Es wird angenommen, daß Brandstiftung vorliegt. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Heringe. Sonnabend vormittag von 8 bis 1 Uhr Nr. 8001 bis 14000 der Lebensmittelscheine. Jede Person 110 Gramm in der Talamtsschule. —

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Freitag kommt Richard Wagners „Tannhäuser" zur Aufführung, Sonnabend „Zar und Zimmermann" von Lortzing, Sonntag nachmittag 3½ Uhr als Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Der Trompeter von Säckingen", abends 7½ Uhr „Giroflé-Girofla". Am Montag wird „Prinz Friedrich von Homburg" von Kleist gegeben. —

Aus der Provinz.

Die Lutherhalle in Wittenberg.

Im Juli vorigen Jahres ist in Wittenberg die „Lutherhalle", eine Sammlung von wichtigen und wertvollen Schriften, Drucken, Bildern, Münzen usw. namentlich aus der Zeit der Reformation und über sie, in erweitertem Umfang und mit erheblich vermehrten Sammlungsräumen im alten Lutherhaus, dem Wohnhaus Luthers und Schauplatz seiner Lehrtätigkeit, wieder eröffnet worden. Das Kuratorium der Lutherhalle teilt darüber folgendes mit:

„Es handelt sich bei dieser Sammlung nicht um ein theologisch-wissenschaftliches Museum für Erinnerungsstücke an die Reformation; das Kuratorium hat vielmehr, selbstverständlich unter pietätvoller Wahrung des alten Charakters der Sammlung und ihrer Räume, besondern Wert darauf gelegt, seine Tätigkeit auszudehnen auf die gesamte Geschichte unsrer Provinz, auf die Kulturgeschichte des Beginns der Neuzeit, auf die Geschichte der Geistesbewegung, die zur Reformation geführt hat, und auf die Folgen dieser größten Umwälzung der Geister, die unser Vaterland je erlebt hat. So ist die Lutherhalle in Wittenberg eine Sammelstelle, und zwar die weitaus bedeutendste Sammelstelle geworden für geschichtlich interessante Stücke aus der Reformationszeit einschließlich der Zeiten der Vorreformation, für Erinnerungsstücke aus der Geschichte der Religionskriege unsers Vaterlandes, an die bei dem Reformationswerk hauptsächlich fördernd oder hemmend — beteiligten deutschen und ausländischen Fürstengeschlechter, aus der Geschichte der Universität Wittenberg, der zur Zeit der Reformation in der Provinz vorhandenen bedeutenden Familien usw. Daneben hat das Kuratorium reiche Schätze an alten und neuen Schöndrucken, an wertvollen Bucheinbänden usw. zusammengebracht in der Erwägung, daß die Kulturgeschichte unsrer Heimat untrennbar mit der Geschichte des Buches verbunden ist. Ohne Uebertreibung wird gesagt werden können, daß die Lutherhalle ihresgleichen in der Welt nicht hat. Mit der jetzigen Gestalt der Lutherhalle ist aber die Aufgabe des Kuratoriums nicht erfüllt. Es gilt, weiter zu sammeln, um die noch nicht in der Lutherstadt Wittenberg verwahrten Lutherschätze dorthin zu bringen, soweit sie nicht in öffentlichen Sammlungen anderswo sicher und angemessen aufbewahrt werden, um sie so dem Zugriff ausländischer, namentlich amerikanischer Händler und Privatsammler, zu entziehen und dem Volke des Reformators zu erhalten. Noch schlummert im Privatbesitz Schätze aus unsern Sammelgebieten, die nur den Besitzern zugänglich sind; noch ruhen auf den Böden in Kirchen usw. Bücher und Urkunden, die der Entdeckung und Verarbeitung, aber auch der Ausstellung an würdiger Stätte harren. Diese Schätze zu heben und der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen, betrachtet das Kuratorium zurzeit als seine Aufgabe. —

Hohenmölsen. Irrtümlich beide Glocken verloren. Von den beiden Turmglocken des Nachbardorfes Jaucha hatte die größere durch ihre Inschriften einen historischen Wert, wodurch sie erhalten bleiben sollte; nur die andre konnte darum zum Einschmelzen staatlich eingezogen werden. Beim Abnehmen der Glocke ist jedoch ein bedauerlicher Irrtum vorgekommen. Die wertvolle Glocke schlug man in Stücke und, nachdem die Verwechslung festgestellt war, auch die andre. Wer die Schuld an dem Irrtum trägt, ist noch nicht festgestellt. —

Merseburg. Errichtung eines Eishauses. Die Versorgung mit Seefischen ist während des Sommers 1917 dadurch auf Schwierigkeiten gestoßen, daß den Kaufleuten nicht genügend Eis zur Verfügung gestellt werden konnte, zum mindesten, daß dieses ihnen den Fischverkauf recht erheblich verteuerte. Um hier helfend einzugreifen, hat der Magistrat beschlossen, die in jeder Beziehung als Eishaus gut eingerichtete Scheune des Herrn Eikner in den langen Scheunen für diesen Zweck zu pachten. Er beabsichtigt, diese Scheune im Winter voll Eis fahren und dieses Eis an Kaufleute zwecks Förderung des Fischverkaufs billig weitergeben zu lassen. Gelegentlich kann auch bei der günstigen Lage des Eishauses eine vorübergehende Aufbewahrung eingehender frischer Fische dort stattfinden. —

— Höhere Leistungen der Ortskrankenkasse. Infolge der Teurungsverhältnisse sah sich der Vorstand der Ortskrankenkasse veranlaßt, eine Erhöhung des Kranken- und Wochengeldes vom 1. November an von 60 auf 70 Prozent des Grundlohnes eintreten zu lassen. Das Kriegswochengeld berührt diese Erhöhung nicht, da dies bereits vom Reich erhöht wurde. Die Beiträge bleiben dieselben. —

Zeitz. Städtischer Arbeitsnachweis. Im September wurden in 198 offene Stellen von 116 männlichen Arbeitsuchenden 50 vermittelt, die sich verteilten auf: Landwirtschaft 3, Bergbau 1, Eisenindustrie 2, Nahrungsmittelindustrie 3, Bekleidungsindustrie 3, Baugewerbe 1, sonstige Fabrikarbeit 25, Handelsgewerbe 4, sonstige Lohnarbeit 8. Von 58 weiblichen Arbeitsuchenden wurden in 122 offene Stellen 29 vermittelt, die sich verteilten auf: Bergbau 3, graphische Gewerbe 1, sonstige Fabrikarbeit 14, Handelsgewerbe 9, Kochpersonal 1, sonstige Lohnarbeit 1. —

— Neue Schiedsmänner. Für den 3. Bezirk des Stadtkreises ist (an Stelle des verstorbenen Bäckermeisters Herrn Franz Beyer) der Kaufmann Herr Paul Schneider, Michaelskirchhof 1, zum Schiedsmann, und der Seilermeister Herr Richard Schröder, Neumarkt 40, zu seinem Stellvertreter gewählt worden.

Kleine Chronik.

Das Eisenbahnunglück in Schönhausen.

Bei den Aufräumungsarbeiten an der Unglücksstelle ließ sich erst die furchtbare Gewalt des Zusammenstoßes erkennen. Die vier letzten Wagen des Sonderzugs wurden aus den Schienen gehoben und 30 Meter weit geschleudert. Die Maschine des Ferienzugs hatte sich tief in den Güterzug hineingewühlt, die übrigen Wagen des Sonderzuges sind vollständig zertrümmert, die Schienen krümm gebogen, und auf dem Bahnkörper lagen in weitem Umkreis blutgetränkte Kissen, Fetzen von Kleidungsstücken und Gepäckstücke. Am Mittwoch morgen konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden. Die Leichen der getöteten Kinder sind in einem Geräteschuppen am Bahnhof aufgebahrt. Hunderte von Personen aus der Umgebung umstanden am Mittwoch den Unglücksplatz, der vorläufig noch durch Gendarmerie und Bahnwärter abgesperrt ist. Der getötete Schaffner heißt Spohn und stammt aus Stendal; auch der Lokomotivführer des Sonderzugs, Harzer, stammt aus Stendal. Die verunglückten Kinder stammten alle aus München-Gladbach. Am Mittwoch morgen sind ein katholischer Geistlicher und eine Lehrerin von dort in Schönhausen eingetroffen, um die Toten zu identifizieren. Das ist aber bisher nur bei zwei Knaben gelungen, da die übrigen Kinder keine Legitimationspapiere bei sich hatten. Einige der im Stendaler Krankenhaus untergebrachten Kinder haben furchtbar schwere Verletzungen erlitten. So wurden einem Kinde beide Beine abgequetscht, einem andern Kinde mußte ein Bein amputiert werden.

Die Schuldfrage beschäftigt naturgemäß sehr lebhaft die Gemüter. Es wird mitgeteilt, daß der Lokomotivführer des Kinderzugs das zwischen Schönhauser Damm und Schönhausen auf Halt zeigende Blocksignal übersehen habe. Der Blockwärter, welcher das Verlehen des Lokomotivführers bemerkte, meldete den Vorfall sofort dem Bahnhof Schönhausen. Der Zug hatte sich inzwischen dem Bahnhof genähert. Das Einfahrtsignal war nach der kurz zuvor erfolgten Einfahrt des noch nicht zum Halten gekommenen Güterzugs noch nicht wieder auf Halt gelegt. Der Lokomotivführer schloß aus der Fahrtstellung des Signals die freie Einfahrt für seinen Zug. Als er den Güterzug vor sich bemerkte, war es zur Verhütung des Unfalls bereits zu spät.

Schon diese Auslagen zeigen, daß hier eine Verkettung unglücklicher Umstände mit zum Unglück beigetragen hat, es wäre danach ein großes Unrecht, einem Beamten die ungeheure Last der Schuld aufzubürden. Wenn hier Urteile gesprochen werden, dann sollte man auch nicht vergessen, daß wir in außergewöhnlichen Zeiten leben, daß alle Einrichtungen darunter leiden und vor allem die Angestellten der Bahn einen Dienst zu verrichten haben, der ihre Nervenkraft bis zum letzten aufsaugt. Es müßte einmal nachgerechnet werden, auf welch langer Strecke die Augen des Lokomotivführers gewacht haben für die schlafenden Kinder im Zuge, wie sie stundenlang die Dunkelheit durchwacht haben, damit der teuern Last des Zuges kein Schaden geschehe. Da kam ein grausames Geschick einen einzigen Augenblick der Müdigkeit benutzt haben, um einen Schleier über die Augen zu ziehen und die Wachsamkeit des Gehirns zu trüben. Nur eine Sekunde lang. Dann kam das verwirrende Einfahrtsignal dazu — und die Klagen der Kinder durchhallten die Nacht.

Unter den Müttern, die jetzt um ihre Kinder weinen, wird keine sein, die wünscht, daß andre Menschen, die selbst unglücklich gewesen sind, noch hart gestraft werden. Und es könnte damit auch kein Schmerz gemildert werden. —

Eine Schlagwetterexplosion.

In der Zeche „Minister Achenbach" bei Brambauer erfolgte, wie aus Essen telegraphiert wird, eine Schlagwetterexplosion, durch die mehrere Bergleute getötet wurden. Bisher sind sechs Tote geborgen.

Erdbeben in Italien.

In der Provinz Rom ereignete sich ein Erdbeben, das in einer Reihe von Ortschaften große Panik hervorrief und die Bevölkerung veranlaßte, die Nacht im Freien zu verbringen. In Belgena und Monteflascone wurde eine Anzahl von Häusern und öffentlichen Gebäuden beschädigt. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Durch die Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 21. September 1917 „über den Tabakmaucher" ist das Verbot des Genusses von Tabak usw. durch Jugendliche erschöpfend geregelt. Mit Rücksicht darauf habe ich meine Verordnung vom 15. Februar 1916 auf, soweit sie sich auf den Genuß und Verkauf von Tabak in jeglicher Form bezieht.

Magdeburg, den 12. Oktober 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
a la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. R188

Bekanntmachung.

Ich habe heute eine Bekanntmachung betreffend „Beschlagnahme, Veräußerung, Verwendung und Meldepflicht von pflanzlichen Gerbstoffauszügen und künstlichen Gerbmitteln" Nr. L. 1500/8. 17. KRA. erlassen.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 19. Oktober 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
a la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 20. d. M. werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 8 Uhr Nr. 4701—4800	Um 11 Uhr Nr. 5001—5100
„ 9 „ „ 4801—4900	„ 12 „ „ 5101—5200
„ 10 „ „ 4901—5000	„ 1 „ „ 5201—5300

Halle, den 19. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Kochkisten
sind wieder eingetroffen bei 130
C. F. Ritter,
90 Leipziger Straße 90.
5 Prozent Rabattsparmarken.

Stadt-Theater.
Sonnabend den 20. Oktober
Anfang 7½ Uhr **Zar und Zimmermann** Ende 10½ Uhr
Oper von Albert Lortzing.
Sonntag nachmittag
Der Trompeter von Säckingen.
Sonntag abend
Giroflé-Girofla.

Mädchenkleider und Knabenanzüge
aus guten Wachsstoffen in großer Auswahl preiswert
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

U.T
Alte Promenade 11a
Fernruf 5738
Gastspiel der
Deutschen Jagdfilm-Gesellschaft Berlin
Im Banne des schwarzen Erdteils
Der fesselnde 2. Teil und Schluß des Filmtagebuchs des Afrikareisenden Robert Schumann.
Persönlicher Vortrag:
Expeditionsmitglied **Karlhans Nicolai.**
Die Vorträge beginnen pünktlich 4.00, 6.00, 8.30.
Jugendliche haben bis 7 Uhr abends Zutritt.

Professor Rehbeins Verlobung
Erstklassiges Lustspiel in 3 Akten.
Vorführung: 7.20, 9.50.

U.T
Leipziger Strasse 88
Fernruf 1224
Stuart Webbs
17. Abenteuer
Das treibende Floß
4 Akte.
Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20.
Ein nasses Abenteuer
3 Akte köstlichen Humors.
Vorführung: 4.10, 6.10, 8.20.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171019-13/fragment/page=0006